bbz
Berliner Bildungszeitschrift

GEW BERLIN
71. (86.) JAHRGANG
APRIL/MAI 2018

WENN DEIN STARKER ARM ES WILL

KINDER- UND JUGENDHILFE
Erzieher*innen: viel Verantwortung für wenig Geld

SCHULE
Das Schulfach Politik kommt – und der Ärger ist vorprogrammiert

TENDENZEN
Migrant*innen in der Schule: damals und heute

INHALT

Leute | Standpunkt | kurz & bündig | Impressum | Leser*innenforum ... 3-5/35

TITEL

Mit Druckkampagnen zum Erfolg *J. Hofman* ... 6
Interessen durchsetzen *M. Rau* ... 7
Arbeitskampf im Lesesaal *L. Haßler* ... 8
Der Rhythmus des Widerstands *H.-J. Heusel* ... 10
Auch Goethe würde schwarz tragen *N.N.* ... 11
Kampf um die grüne Oase *Interview: L. Guzzetti* ... 13

KINDER-, JUGENDHILFE & SOZIALARBEIT

Erzieher*innen – viel Verantwortung für wenig Geld *V. Jahn* ... 16
Leitung ohne Anerkennung *D. Berditzka* ... 18
»Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben« *C. Muñoz del Rio* ... 23

SENIORITA

Vorwärts mit der beruflichen Bildung *D. Haase/K. Will* ... 19

RECHT & TARIF

Gute Schule braucht Zeit *H. Zeisig* ... 25

SCHULE

Der Streit um den Weg zur Schrift *J. Ramseger* ... 26
Lärmschutz an Schulen *U. Meuel / K. Will* ... 27
Politik für alle *F. Kloth* ... 28
Der Ärger ist vorprogrammiert *G. Weil* ... 29
Für eine Schule der Aufklärung *N. Chikhi* ... 30

TENDENZEN

Das Leben von Migrant*innen: damals und heute *Interview: A. Sever* ... 32

GEWERKSCHAFT

Friedensnobelpreisträger*innen im Unterricht *A. Balzer* ... 34

GLOSSE

Tolle Tipps *G. Frydrych* ... 36

SERVICE

Bücher | Materialien | Aktivitäten ... 37

16 KINDER-, JUGENDHILFE UND SOZIALARBEIT Trotz anspruchsvoller Arbeit in Vollzeit muss sie jeden Euro zweimal umdrehen. Die einst versprochene Aufwertung des Erzieher*innen-Berufs lässt auf sich warten. Erzieherin sein, das muss sie sich leisten können, findet Vanessa Jahn

28 SCHULE Senatorin Scheeres verankert das Fach Politik als eigenständiges Schulfach in der Stundentafel. Während die Schülervertretung jubelt, sind die Fachverbände für Geschichte, Geographie und Ethik alarmiert. Zwei verschiedene Sichtweisen von Franz Kloth und Gerhard Weil

32 TENDENZEN Welche Lehren können wir aus dem Umgang mit Migrant*innen in den Berliner Schulen der 70er Jahre ziehen? Was hat sich bis heute nicht verändert? Im Interview mit Ayfer Sever blickt die Ethnologin und ehemalige Lehrerin Evelin Lubig-Fohsel zurück

TITELBILD: BERTOLT PRÄCHT OBEN: GEW; MITTE: PRIVAT; UNTEN: IMAGO/RUST

LEUTE

Elizabeth Mahlendorf-Ngari wurde mit der Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt. Seit 2002 leitet Mahlendorf-Ngari die zusammen mit anderen geflüchteten Frauen gegründete Initiative »Women in Exile«. Unter anderem kämpft sie für eine Abschaffung der Sammelunterkünfte für geflüchtete Frauen und Kinder und bietet proaktive Unterstützung sowie Beratungen an. Mahlendorf-Ngari war 1996 selber mit ihren zwei Töchtern nach Deutschland geflüchtet.

Emma Gonzales, die 18-jährige Schülerin und Überlebende des Amoklaufs von Parkland hat mit ihrem Ausruf »We Call Bullshit« in einer Rede vor Mitschüler*innen, Lehrer*innen und trauernden Angehörigen weltweit Aufmerksamkeit bekommen. »Sie erzählen uns doch tatsächlich, dass strengere Waffengesetze die Gewalt nicht reduzieren könnten. Wir rufen: Bullshit! Und sie wollen uns glauben machen, dass wir nicht verstehen, wie Politik funktioniert. Bullshit!« Gonzales ist als sogenannte »Millenial« Teil der Altersgruppe, die auch in Deutschland als unpolitisch stigmatisiert wird.

Thomas Isensee ist im April 75 Jahre alt geworden. In Berlin geboren, dort studiert und ab 1970 als junger Lehrer und Gesamtschulpionier an der Spandauer Martin-Buber-Gesamtschule tätig war er lange Jahre im Vorstand der GEW BERLIN für die Bildungspolitik zuständig. Als gestandener Gesamtschullehrer engagiert er sich auch im Ruhestand für die Gemeinschaftsschule. Und pflegt nebenbei für die GEW die internationalen Kontakte. Herzlichen Glückwunsch!

Hartmut Frech ist Ende Februar kurz nach seinem 78. Geburtstag gestorben. Der Diplompsychologe und Gestaltpsychotherapeut war als Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule und der Technischen Hochschule Berlin in der Lehrkraftausbildung tätig und Mitbegründer des Gestaltzentrums Berlin. In den letzten Jahren hat er sich auf Vorträge und Beratungen in der Dritten Lebensphase konzentriert.

FOTO: CLAUDIA SIKORA

Security statt Schulsozialarbeit

Der Einsatz von Sicherheitspersonal an einer Schöneberger Grundschule zeigt, wie groß die Not an manchen Schulen ist. An allen Ecken und Enden fehlt das Personal

Janina Bähre, Lehrerin an einer Gemeinschaftsschule in Neukölln und Redaktionsmitglied der bbz

Ein aus den Bonusmitteln finanzierter Wachdienst an einer Schöneberger Grundschule sorgte jüngst für Schlagzeilen. Denn Doris Unzeitig, Direktorin der Spreewald-Grundschule, wusste sich nicht mehr anders zu helfen. Mit mehr als 30 Gewaltvorfällen begründete die Schulleiterin ihr Vorgehen in einem Schreiben an den zuständigen Schulstadtrat Oliver Schworck (SPD). Dieser wollte, anders als der Bezirk Neukölln, nicht für den Wachschutz zahlen. Die Gewalt sei nicht exorbitant gestiegen und für das »interne Schulklima« sei er nicht zuständig. In den Medien kritisiert Schworck die Schulleiterin und ihre Entscheidung. Ein Sozialarbeiter, Mesut Göre, sagte im Cicero: »Die Lehrer müssen das Problem lösen oder es müssen andere Lehrkräfte her.« Aha. Wie einfach. Und klar, die Lehrkräfte sind schuld!

In der Verwaltung dreht sich die Debatte vor allem um die Verwendung von Bonusmitteln. Bezahlt wird der Wachschutz nämlich aus dem Bonusprogramm, das Schulen mit vielen Kindern aus sozial benachteiligten Familien zur Verfügung steht, um zusätzliche pädagogische Angebote wie zum Beispiel Schulsozialarbeiter*innen zu finanzieren. Nun prüft die Bildungsverwaltung das Vorgehen der Direktorin.

Sicherlich mag es fragwürdig sein, Mittel, die für pädagogische Maßnahmen gedacht sind, für Wachschutz auszugeben. Als Lehrkraft einer Neuköllner Gemeinschaftsschule kann ich die Entscheidung trotzdem nachvollziehen. Von Gewalt betroffene Schulen fühlen sich oft mit ihren Problemen im Stich gelassen. Die inkludierende Spreewald-Grundschule liegt in einem Kiez mit vielen sozial schwachen Bewohner*innen. Die Menschen dort sind so arm, dass viele Familien nicht einmal den bereits ermäßigten Satz von einem Euro pro Mittagessen bezahlen. Die Armut sorgt für Nöte und Konflikte, die eine einzelne Schule nicht lösen kann. Hier brauchen wir gesamtgesellschaftliche Lösungen und echte Bildungsgerechtigkeit. Das Bonusprogramm greift da leider viel zu kurz. Es ist ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Es ist falsch, die Not an solchen Schulen herunterzuspielen. Denn sie sind bei weitem kein Einzelfall. Wo Armut herrscht, sind Investitionen in Bildung ganz besonders nötig. Das bedeutet vor allem: engagierte Pädagog*innen. Die gibt es sicherlich auch an der Spreewald-Grundschule. Die, die da sind, reichen aber nicht aus. Seit drei Jahren bittet die Schulleiterin daher auch bereits um eine*n zweite*n Schulsozialarbeiter*in an ihrer Schule – vergebens. Nun soll es daher der Wachschutz richten.

Schulen mit besonderen sozialen Herausforderungen brauchen eine besondere Ausstattung. Statt Kritik und gut gemeinter Ratschläge benötigen diese Schulen mehr Personal; mehr Lehrkräfte, Schulpsycholog*innen, Sonderpädagog*innen und Sozialarbeiter*innen.

Wenn die Schulen personell endlich gut ausgestattet sind, dann wird auch kein Wachschutz mehr gebraucht, um die Lücken zu stopfen.

ZEICHNUNG: JOSEF HOFMAN

Arbeitsbelastung steigt in sozialen Berufen besonders stark

Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung hat eine Umfrage unter mehr als 2.000 Betriebsräten durchgeführt und sie zu der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten befragt. Das Ergebnis: Mit 84 Prozent finden im Bereich Erziehung, Gesundheit und Schule besonders viele, dass die Arbeitsbelastung in den letzten fünf Jahren gestiegen ist. Dabei wird am häufigsten der Personalmangel beklagt. Besonders in Kitas und Krankenhäusern kämen »zum Personalmangel oft noch widrige Arbeitsbedingungen und ungerechte Bezahlung hinzu«, so das WSI. Um die Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten zu verbessern, müssen vor allem das Personal aufgestockt, Weiterbildungen angeboten und die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatleben verbessert werden. Auch der betriebliche Gesundheitsschutz und die Herausforderungen durch die Digitalisierung des Arbeitslebens müssten mehr Beachtung finden.

Rechtsanspruch auf Kitaplatz quasi unwirksam

Die Kreuzbergerin Louisa Seelis hatte als Erste in Berlin versucht, ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz für ihren einjährigen Sohn einzuklagen. Nun gibt es eine ernüchternde Entscheidung des Verwaltungsgerichts. Die Richter*innen bestätigten zwar den Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz, aber das Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg könne diesen Anspruch wegen fehlender Fachkräfte derzeit nicht erfüllen. Da es keinen Rechtsanspruch auf die Schaffung neuer Plätze gebe, laufe der Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz »ins Leere«. Seelis könne die Kosten für eine selbstorganisierte Betreuung nachträglich beim Verwaltungsgericht per Klage einfordern, bestätigte das Gericht. Voraussetzung ist, dass sie eine solche Betreuung findet. Gegen das Urteil möchte die zuständige Anwältin Loreena Melchert Revision einlegen. Es sei unklar, ob das Land tatsächlich alle Maßnahmen zur kurzfristigen Personalgewinnung ausgeschöpft habe. Weil Seelis derweil doch noch einen Kitaplatz gefunden hat, sucht die Anwältin jetzt andere Eltern, die bereit sind, ihren Anspruch durchzuklagen. Das Potential ist da: In Friedrichshain-Kreuzberg stehen 350 Kinder auf der Warteliste des Jugendamts für einen Kitaplatz – und auf dieser sind nur jene zugelassen, deren Eltern bereits auf bis zu 20 Kita-Wartelisten stehen.

Es fehlen 3.000 Kitaplätze

Der Paritätische Wohlfahrtsverband geht dieses Jahr von mindestens 3.000 fehlenden Kita-Plätzen in Berlin aus. Hauptgrund ist der Mangel an Erzieher*innen. Der Beruf ist aufgrund der schlechten Bezahlung – in Brandenburg verdient eine Erzieherin mehrere hundert Euro mehr – nicht attraktiv genug. So beklagen die Fachschulen für Erzieher*innen für dieses Studienjahr eine gestiegene Abbruchquote unter den Auszubildenden. Von zunächst mehr als 3.250 angehenden Erzieher*innen blieben am Ende der Ausbildung nur 2.450 übrig, berichtete der Paritätische Wohlfahrtsverband. Nach Recherchen des RBB geben viele sogar noch im dritten Ausbildungsjahr an, dass sie aus Geldmangel ihre Ausbildung abbrechen wollen. Grund genug, dass auch Auszubildende an Fachschulen für Sozialpädagogik das Aufstiegs-BAföG bekommen; bisher verhindert das die Ausbildungsordnung der Berliner Fachschulen.

Kein Zusammenhang zwischen Social Media und Schulleistung

Kommunikationswissenschaflter*innen der Universität Würzburg haben keinen wesentlichen Kausalzusammenhang zwischen der Nutzung sozialer Netzwerke wie Facebook, Snapchat und Co. und dem Lernerfolg von Schüler*innen feststellen können. Grundlage der Analyse war die Auswertung von 59 Publikationen und den Daten von fast 30.000 Menschen zwischen 13 und 22 Jahren. Die Datenlage sei widersprüchlich, erklärten die Forscher*innen: So könnten Social Media die Schulleistungen verbessern, wenn sie etwa zum Austausch von schulbezogenen Inhalten verwendet würde, aber auch verschlechtern, wenn der Medienkonsum zu sehr ansteigt. Ein signifikantes Ergebnis der Studie ist, dass junge Menschen trotz der vielen Zeit an Smartphone und Tablet nicht weniger lernen als früher, da sie stattdessen auf das Fernsehen verzichten.

Angriff auf US-Gewerkschaften

Wenn US-Gewerkschaften eine Mehrheit in einem Betrieb für sich gewinnen, müssen sie alle Beschäftigten vertreten. Im Gegenzug sind alle nicht gewerkschaftlich organisierten Mitarbeiter*innen dazu verpflichtet, mindestens 80 Prozent des Mitgliedsbeitrags zu leisten. Dieses seit 45 Jahren geltende Gesetz könnte der oberste Gerichtshof in den USA, der Supreme Court, nun kippen. Ausgangspunkt ist ein Rechtsstreit zwischen Mark Janus, einem Beschäftigten der Gesundheitsbehörde in Illinois und der Gewerkschaft American Federation of State, County and Municipal Employees (AFSCME), eine der größten Gewerkschaften im öffentlichen Dienst. Gerade mal sieben Prozent der Beschäftigten in der US-Privatwirtschaft sind gewerkschaftlich organisiert. Im öffentlichen Dienst ist es hingegen fast ein Drittel. Wenn der Fall Janus vs. AFSCME zugunsten von Janus entschieden werden sollte, wird es wohl nicht mehr lange

dauern bis der Einfluss der Gewerkschaft auch in den übrigen Bundesstaaten wegbricht.

98 Prozent Armut

Die ärmste Schule Berlins liegt in Kreuzberg. Laut einer Antwort auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck leben 97,8 Prozent der Kinder der Schule von Hartz IV oder anderen Sozialleistungen. In Mitte gibt es eine Schule mit ähnlich besorgniserregenden Zahlen. Die Bildungsverwaltung gab die Zahlen anonymisiert heraus, da sie eine Stigmatisierung der ärmsten Schulen vermeiden möchte. Derartige Erhebungen dürften künftig schwieriger werden, da in Berlin ab dem nächsten Schuljahr die Lernmittel wieder von der Schule zur Verfügung gestellt werden. Die Lernmittelbefreiung ist bisher der Indikator, mit dem der sozioökonomische Status der Schüler*innenschaft gemessen wird.

Gemeinschaftsschulen im Schulgesetz verankern

Bildungssenatorin Sandra Scheeres plant, das 14 Jahre alte Berliner Schulgesetz zu novellieren. Unter anderem sollen die zeitweilige Aussetzung der Benotung für Geflüchtete, geschlechter- und professionengerechte Sprache und Krisenteams dabei Beachtung finden. Besonders erfreulich ist der Entschluss, die Gemeinschaftsschulen als eigenständige Schulform im Gesetz zu verankern. Das seit 2008/2009 laufende Pilotprojekt habe sich bewährt. Das Angebot, von der ersten Klasse bis zum Abitur gemeinsam zu lernen, sei besonders fortschrittlich was Inklusion und Chancengleichheit betreffe, bestätigt die Bildungsverwaltung. Tom Erdmann, Vorsitzender der GEW BERLIN, begrüßte die Ankündigung: »Endlich hat die Politik unserer Forderung nach der Anerkennung der Gemeinschaftsschule als reguläre Schulform im großen Umfang Rechnung getragen«, sagte Erdmann. Bis zum Herbst soll das Gesetz vom Abgeordnetenhaus beschlossen werden.

Unions-Umfrage wird zum Eigentor

Laut der Schulstudie 2018, einer Umfrage der Fraktionsvorsitzendenkonferenz von CDU und CSU, wünschen sich 61 Prozent der befragten Bundesbürger*innen, dass der Bund mehr Einfluss auf die Schulen nimmt. Die Themen Unterrichtsausfall, Klassengröße und überforderte Lehrkräfte beschäftigen die Umfrageteilnehmer*innen neben Digitalisierung und Gebäudesanierung am meisten. Auf die Frage, in welchem Bereich Investitionen des Bundes am wichtigsten seien, nannten die Befragten am häufigsten: Lehrkräfte. CDU und CSU haben sich in der Vergangenheit gegen eine Erweiterung des Einflusses vom Bund auf die Länder in der Bildungspolitik positioniert.

ndH-Schüler*innen machen noch seltener Abschlüsse

Eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Joschka Langenbrinck hat ergeben, dass knapp zehn Prozent der Schulabgänger*innen die Schule ohne Abschluss verlassen. Der Anteil der Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache (ndH) in dieser Gruppe liegt sogar bei knapp 16 Prozent. Unter Schüler*innen, die zu Hause Deutsch sprechen (dH), beträgt er knapp 7 Prozent. Die Zahlen beziehen sich auf das Schuljahr 2016/17. Für ndH-Schüler*innen bedeutet das eine statistische Verschlechterung, hatten vier Jahre zuvor noch 12 Prozent von ihnen die Schule ohne Abschluss verlassen. Unter den verschiedenen Berliner Bezirken gibt es starke Unterschiede. Während in Neukölln 16,9 Prozent der Schulabgänger*innen keinen Abschluss machten, waren es in Pankow nur 4,7 Prozent.

Volksentscheid: Für gesunde Krankenhäuser

Laut ver.di fehlen rund 3.000 Pflegestellen in Berliner Krankenhäusern. Die Konsequenzen sind überlastete Pflegekräfte, überfüllte Rettungsstellen und zu wenig Zeit für die Versorgung von Patient*innen. Grund dafür ist der massive Stellenabbau der letzten Jahre, um mit geringeren Personalkosten möglichst viel Gewinn zu machen. Gegen diese Zustände hat das Berliner Bündnis für mehr Personal im Krankenhaus den »Volksentscheid für Gesunde Krankenhäuser« gestartet. Die Initiative kämpft für mehr Personal im Krankenhaus durch feste Fachkraft-Patient*innen-Schlüssel und für eine maßgebliche Erhöhung der Investitionen des Landes in die Krankenhäuser. Der Landesvorstand der GEW BERLIN ruft dazu auf, das Volksbegehren zu unterstützen: https://volksentscheid-gesunde-krankenhaeuser.de

Auf www.gew-berlin.de/196.php findet ihr weitere aktuelle Kurzmeldungen.

ÜBRIGENS

Gemerkt? Auf der Rückseite der letzten *bbz* haben wir Werbung gemacht. Wie ihr wisst, bemühen wir uns immer um neue Autor*innen. Dieses Mal ging es aber explizit an die Erzieher*innen, eine Gruppe, die für unseren Geschmack in der *bbz* noch viel zu selten vertreten ist.

Es ist unser Ziel, das zu ändern. Wir sind übrigens auch gerne bereit, Ideen zu unterstützen, auch wenn noch kein fertiger Artikel vorliegt. Wir freuen uns über alle Rückmeldungen und auch grundsätzlich über Ideen, was es braucht, um mehr Erzieher*innen zu motivieren für uns zu schreiben. Immer her damit!

Widmet euch diesem Heft ruhig etwas intensiver. Ostern ist zwar gerade vorbei, aber im Mai gibt es ja einige Feiertage, die euch etwas Zeit schenken. Diese Ausgabe ist eine Doppelausgabe, das heißt auf das nächste Heft müsst ihr bis Anfang Juni warten. Bis dahin, viel Vergnügen mit diesem! *CMdR*

VON MITGLIEDERN FÜR MITGLIEDER

Die Redaktion freut sich über Beiträge zu vielfältigen Themen, von jedem GEW-Mitglied. *Also schreibt für die bbz!* Schickt eure Texte an bbz@gew-berlin.de und bringt euch ein!

REDAKTIONSSCHLUSS – IMMER MITTWOCH

Juni 2018: 25. April

Juli/August 2018: 30. Mai

IMPRESSUM

Die *bbz* ist die **Mitgliederzeitschrift der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft**, Landesverband Berlin, Ahornstr. 5, 10787 Berlin und erscheint monatlich (10 Ausgaben) als Beilage der E&W. Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für Nichtmitglieder beträgt der Bezugspreis jährlich 18 Euro (inkl. Versand).
Redaktion: Caroline Muñoz del Rio (verantwortlich), Markus Hanisch (geschäftsführend), Janina Bähre, Doreen Beer, Josef Hofman, Manuel Honisch, Arne Schaller, Ralf Schiweck, Folker Schmidt, Bertolt Prächt (Fotos), Gelareh Shahpar (studentische Hilfskraft), Doreen Stabenau (Sekretariat).
Redaktionsanschrift: Ahornstraße 5, 10787 Berlin, Tel. 21 99 93-46, Fax –49, E-Mail bbz@gew-berlin.de
Anzeigen und Verlag: GEWIVA GmbH, erreichbar wie Redaktion. Für Anzeigen gilt die Preisliste Nr. 14 vom 1. Juli 2017
Satz, Layout und Konzept: bleifrei Texte + Grafik/Claudia Sikora/Jürgen Brauweiler, Erkelenzdamm 9, 10999 Berlin, Tel. 61 39 36-0, Fax -18, E-Mail info@bleifrei-berlin.de
Druck: Bloch & Co, Grenzgrabenstr. 4, 13053 Berlin

ISSN 0944-3207 4-5/2018: 29.600

Unverlangt eingesandte Besprechungsexemplare und Beiträge werden nicht zurückgeschickt. Die Redaktion behält sich bei allen Beiträgen Änderungen vor. Beiträge nur per E-Mail einsenden. Die in der *bbz* veröffentlichten Artikel sind keine verbandsoffiziellen Mitteilungen, sofern sie nicht als solche gekennzeichnet sind.

GESCHICHTE WIRD GEMACHT

In seinem Kampf gegen George Foreman war Muhammad Ali in einer schwierigen Lage. Foreman war überlegen und Alis Taktik drohte zu scheitern. Er entschied sich, in die Defensive zu gehen, seinen Gegner zu ermüden und auf Fehler zu warten. Der Plan ging auf. Ali gewann den Kampf.
Wie im Boxen benötigen auch gewerkschaftliche Kämpfe viel Ausdauer. Aber letztlich sind nicht die Muskeln das Entscheidende. Mit Kreativität können Beschäftigte auch überlegene Kontrahent*innen ausspielen. Sie können Fehler abwarten und im richtigen Moment ein starkes Zeichen setzen. So besiegte Ali Foreman und David Goliath. So können sich Beschäftige in Kitas, Schulen, Universitäten und der Jugendhilfe für ihre Interessen einsetzen und dafür sorgen, dass ihre Stimmen gehört werden.
Im Boxen sind es Handschuhe. Für Gewerkschaften und Betriebsräte sind es Druckkampagnen, mit denen Kämpfe bestritten werden. Die GEW hat bereits viele solcher Kampagnen durchgeführt. In dieser Ausgabe berichten wir von Beschäftigen des Goethe-Instituts, die mit Goethe-Masken für bessere Arbeitsbedingungen gekämpft haben und von mutigen Studierenden, die mit Fanfaren durch die Unis gezogen sind und das Büro der Präsidentin dekoriert haben.
Wir stellen auch Kampagnen vor, die auf Initiative einzelner Beschäftigter gestartet wurden, wie beispielsweise im Botanischen Garten. Dieses Beispiel zeigt, dass auch kleine Schritte große Erfolge erzielen können. Dafür ist aber Unterstützung von Nöten. Diese Unterstützung kann auf viele Arten erfolgen. Auch Musik und Rhythmen sind ein wichtiges Mittel, um den Kampfgeist zu stärken.
Mit diesem Schwerpunkt wollen wir unsere Leser*innen inspirieren. Wir wollen zeigen, was mit kreativem Engagement möglich ist. Und wir wollen dazu anregen, vielleicht selber einen Funken zu zünden, die eigenen Rechte einzufordern und mitzubestimmen – auch wenn der Widerstand groß ist.

Josef Hofman

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

INTERESSEN DURCHSETZEN

Eine eigene Kampagne fahren, ohne großen Apparat und mit wenig Geld – geht das überhaupt? Aber klar, auf den Spannungsbogen und eine gelungene Medienarbeit kommt es an

von Michael Rau

Druckkampagnen beschreiben einen Prozess, in dem Betroffene Forderungen formulieren, sich als Interessengruppe finden und Schritte zur Durchsetzung dieser Forderungen entwickeln. Dabei ist es egal, ob es um einen Konflikt an einer Schule oder um eine landesweite Forderung geht.

Druckkampagnen sind ein Mittel des Arbeitskampfs, alternativ oder ergänzend zum Streik. Mit dem klaren Ziel, Forderungen durchzusetzen. Voraussetzung ist ein strukturiertes Vorgehen. Aus einer Analyse der Situation wird eine konkrete Strategie inklusive spezifischer Aktionen entwickelt. Innerhalb einer begrenzten Zeitspanne wird eine Kampagne durchgeführt und anschließend werden die Ergebnisse evaluiert.

Wie das in der Praxis funktionieren kann, erleben wir gerade in unserer Stadt am Beispiel des Volksentscheids »Für gesunde Krankenhäuser« in Berlin. Vorausgegangen war eine überwiegend von der Gewerkschaft ver. di geführte Tarifauseinandersetzung. Der jetzt angestrebte Volksentscheid soll nun bestimmte Relationen von Pflegekräften zu Patient*innen im Krankenhausgesetz des Landes Berlin verankern und darüber hinaus Investitionsmittel für öffentliche Krankenhäuser aus dem Haushalt zur Verfügung stellen.

Das ist ein Beispiel für eine typische Druckkampagne, bei der indirekt über einen Volksentscheid versucht wird, Druck aufzubauen für das gemeinsame Ziel, mehr Pflegekräfte in die Krankenhäuser zu bekommen. Das kann funktionieren, weil wir alle tatsächlich ein gemeinsames Interesse an besserer Pflege in Krankenhäusern haben.

GROSSE THEMEN ANPACKEN

Themen einer Druckkampagne sind groß. Bei Lehrkräften ist das zum Beispiel die Arbeitsbelastung oder die Forderung nach Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung. Eine Druckkampagne kann Streiks ergänzen oder sogar ersetzen, wenn es keine Streikmöglichkeit gibt. Eine Druckkampagne setzt ein gewisses Niveau der Mobilisierung voraus – es braucht Aktive, die das Anliegen voranbringen, an öffentlichkeitswirksamen Aktionen teilnehmen und als Multiplikator*innen wirken.

Die Aktionsformen werden allmählich gesteigert, um den Druck schrittweise zu erhöhen. Das kann durch eine größer werdende Zahl von Teilnehmenden, durch eine größere Öffentlichkeitswirkung der Aktionen oder auch durch eine direkter werdende Konfrontation der Gegenseite mit dem eigenen Anliegen geschehen. Das Druckpotenzial kann auch dadurch gesteigert werden, dass mehrere Teilkampagnen zusammengeführt werden.

Wichtig dabei ist ein Spannungsbogen, das heißt die Aktionen bauen aufeinander auf und zeigen nach innen und außen wachsende Stärke.

ANDERE BETROFFENE MIT EINBEZIEHEN

Über eine indirekte Strategie können auch andere Beteiligte Teil der Aktivitäten werden. Zum Beispiel kann im Rahmen einer Kampagne zur Entlastung der Lehrkräfte die Einstellung von mehr Verwaltungspersonal, IT-Administrator*innen, Sozialarbeiter*innen und Erzieher*innen gefordert werden. Die Einstellung würde auch zu einer Arbeitsentlastung dieser Beschäftigtengruppen beitragen und sie damit vielleicht dazu bringen, die Forderungen der Lehrkräfte aktiv zu unterstützen.

Auch über die Einbeziehung möglicher Bündnispartner*innen lässt sich der Druck erhöhen; über neue Akteursgruppen, seien es Kund*innen, reale

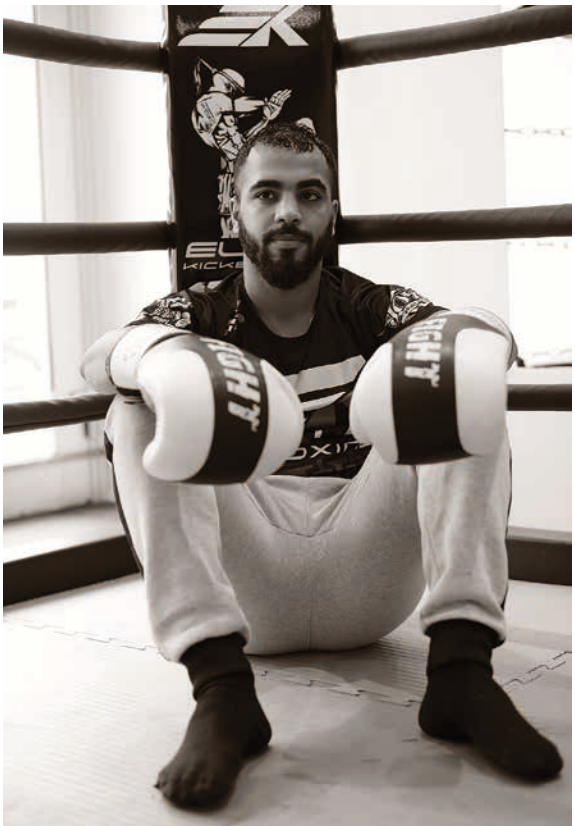


FOTO: BERTOLT PRÄCHT

soziale Netzwerke oder die regionale Bevölkerung. Für Aktionen der Lehrkräfte sind das dann zum Beispiel Eltern und Schüler*innen. Wichtig ist es, Interessen der anderen Gruppen wie zum Beispiel nach Erhöhung der Unterrichtsqualität aufzugreifen und in einen Zusammenhang mit den eigenen Forderungen zu bringen.

DEM ANLIEGEN EIN GESICHT GEBEN

Mit sozialen Medien können bisher Unbeteiligte in die Auseinandersetzung einbezogen werden. Gleiches schafft auch eine positive Presseberichterstattung. Neben gemeinschaftlichen Aktionen ist es, insbesondere in der Medienarbeit, wichtig, den Anliegen ein Gesicht zu geben, sie zu personalisieren.

Auf allen Ebenen ist es möglich, Lobbyarbeit zu betreiben. Oder wie Matthew Bolton, ein Organizer aus Großbritannien, es formuliert: Jede Person hat irgendeine Macht und durch die Bildung von Beziehungen und den richtigen Ansatz ist es möglich, sie für die eigenen Anliegen zu nutzen.

In seinem Buch »How to resist – Turn Protest to Power« führt Bolton als Beispiel für eine erfolgreiche Druckkampagne die »Living Wage«-Kampagne an. Ziel dieser von Reinigungskräften organisierten Kampagne war es, den Mindestlohn auf ein lebenswertes Niveau zu heben.

Neben vielen kleineren Aktionen gab es wichtige Wendepunkte in der Kampagne, wie der Auftritt einer Reinigungskraft auf der jährlichen Hauptversammlung der großen Bank HSBC. Die Reinigungskraft konfrontierte den Vorstandsvorsitzenden der Bank mit folgendem Beitrag: »Wir arbeiten im selben Büro, aber wir leben in verschiedenen Welten. Lassen Sie mich kurz schildern, wie es sich anfühlt, mit einem Stundenlohn von 4,50 Pfund eine Familie mit sechs Kindern durchzubringen.« Das Medienecho war sehr groß und nach relativ kurzer Zeit wurde HSBC eine »Living wage«-Firma.

Auch Organisationen, die anfangs in einer relativ schwachen Position sind, können mit Druckkampagnen ihren Forderungen Gehör verschaffen. Voraussetzungen dafür sind eine mobilisierte und auf das Ziel fokussierte Organisation und ein gutes Zusammenwirken der verschiedenen Aktionsformen. ■

Michael Rau,
Lehrer und Mitglied
des Leitungsteams der Abteilung
Berufsbildende Schulen

ARBEITSKAMPF IM LESESAAL

Die Studierenden streiken und beweisen, wie man mit kreativen Ideen viel Aufmerksamkeit gewinnen und Druck auf den Arbeitgeber erzeugen kann

von Laura Haßler

Die Präsenz der Gewerkschaften bei den Studierenden der Berliner Universitäten war in den letzten Jahren selten stark. Die Initiative TVStud, benannt nach dem deutschlandweit einzigartigen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte, hat das grundlegend geändert. Seit 2015 setzen sich die gewerkschaftlich organisierten studentischen Beschäftigten für einen neuen Tarifvertrag ein und haben im Zuge ihrer Organisierungs- und Mobilisierungskampagnen nicht nur weit über tausend studentische Mitglieder für GEW und ver.di geworben, sondern darüber hinaus Gewerkschaftsarbeit im Alltag aller Studierender verankert.

Grund dafür sind vor allem die seit Januar durchgeführten Warnstreiks, die von einer aktionistischen Druckkampagne begleitet werden. Die studentischen Beschäftigten wollen auf diese Weise die Hochschulen zum Einknicken zwingen, die seit bald einem Jahr die Verhandlungen blockieren. Im Rahmen des ersten Warnstreiktages rief die Initiative dazu auf, in großem Stil Bücher aus der Uni-Bibliothek zu entleihen und postwendend wieder zurückzugeben. Da die studentischen Beschäftigten in der Bücherrückgabe geschlossen streikten, sammelte sich so ein riesiger Berg an Arbeit an, der verdeutlichte, wie wichtig die studentischen Hilfskräfte für den reibungslosen Betrieb der Bibliothek sind. Ziel war, einen Ausblick auf die Zustände zu geben, die ein sich möglicherweise über Wochen erstreckender Erzwingungsstreik mit sich bringen würde.

Zum Streikauftakt am 16. Januar protestierten 1.500 Menschen auf dem Bebelplatz. Die zweite, dreitägige Warnstreikphase bespielten wir dann mit parallel stattfindenden dezentralen Aktionen an den drei Universitäten HU, TU und FU. Dort stellten wir jeweils ein aufwändiges Programm zur weiteren Mobilisierung auf die Beine: An jedem Standort gab es ein Streikcafé, in dem die Streikenden zusammensitzen und sich austauschen konnten; von dort aus zogen täglich Kleingruppen los zu Bürorundgängen,

FOTOS: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

um das Gespräch mit noch nicht Streikenden zu suchen und sie zu mobilisieren. Die Streikenden der TU veranstalteten gleich ein ganzes Festival, bei dem bis in den späten Abend zu Livemusik getanzt wurde. So wurde der Tarifkampf über drei Tage verstärkt im Uni-Alltag sichtbar.

Diese Strategie erwies sich zwar als effektiv für die interne Mobilisierung: Viele Studierende wurden auf den Tarifkampf aufmerksam. Nachteile zeigten sich allerdings darin, dass Streikende und Solidarische sich auf die verschiedenen Programmpunkte verteilten und die einzelnen Veranstaltungen und Aktionen weniger besucht waren. Hinzu kam die ungleich größere Organisationsbelastung für die Aktiven, die nun nicht gemeinsam eine große Veranstaltung stemmten, sondern in den Hochschulgruppen auf sich allein gestellt waren. Auch in der zweiten Streikphase setzten wir daher auch auf eine zentrale Demonstration. Gut 1.000 Menschen zogen durch die Innenstadt, unter anderem auch vor den Kommunalen Arbeitgeberverband.

In der dritten, erneut dreitägigen Warnstreikphase in der letzten Semesterwoche setzte die Initiative wiederum auf dezentrale Aktionen. Diesmal allerdings nacheinander, um an jedem Ort das volle Mobilisierungspotenzial nutzen zu können. So tapezierten die Streikenden etwa in einem Flashmob das gesamte Hauptgebäude der Humboldt-Universität mit Fahndungsplakaten, ehe sie gemeinsam zur Uni-Bibliothek zogen und dort mit einer lauten Streikgasse auf ihren Tarifkampf aufmerksam machten. Die Präsidentin der Humboldt-Universität durfte sich in dieser Streikphase täglich über eine neue Dekoration ihrer Bürotür freuen, so dass am dritten Tag eigens eine Person zur raschen Beseitigung abgestellt werden musste. Am 14. Februar klebten dort etwa unzählige große, rote Papierherzen mit der Aufschrift »14€«, bunte Girlanden und eine Valentinstags-Grußkarte mit der Aufforderung: »Geschenke sind nicht nötig. Wir wollen einen Tarifvertrag.«

MIT FANFAREN DURCH DIE UNIVERSITÄT

Zweifellos erzielte die Druckkampagne ein hohes Maß an öffentlicher und auch medialer Aufmerksamkeit und setzte die Hochschulen unter Druck. Gleichwohl sind die Grenzen zur Mobilisierungskampagne bis heute fließend. Das hängt einerseits mit den kurzen Vertragslaufzeiten studentischer Beschäftigter zusammen, so dass permanent aktive Streikende verloren gehen. Andererseits zeigt die rückläufige Beteiligung an Streikaktionen während der Prüfungsphase oder an abseitigen Campussen, dass der Arbeitskampf nicht bei allen Beschäftigten oben auf der Prioritätenliste steht.

Hinzu kommt, dass sich die Bedingungen der Studierenden nach Einführung des Bologna-Systems radikal geändert haben. Die Einhaltung der Regelstudienzeit ist seither entscheidend, da sie nicht zuletzt an die Finanzierung über BAföG, aber auch Stipendien geknüpft. Viel Zeit für gesellschaftspolitisches Engagement neben unterbezahlter Hilfskraftstelle und Vollzeitstudium dürfte Studierenden heute angesichts dessen nicht mehr bleiben. Somit fehlt schlicht ein richtiger Vergleichsmaßstab, um beurteilen zu können, wie erfolgreich die Mobilisierung gewesen ist, Vergleiche zu nicht studentischen Protesten oder den Tutor*innenstreiks von 1986 müssen zwangsläufig hinken.

Unter diesen neuartigen Bedingungen gilt es, in den Semesterferien an innovativen Mobilisierungsstrategien und Aktionsformen zu arbeiten, um ein Momentum zu schaffen, das auch den Orga-Gruppen neuen Wind verleiht.

Laura Haßler, Studentin der Geschichtswissenschaften an der Humboldt-Universität und Aktive in der Initiative TVStud

TARIFKAMPAGNE STUDENTISCHE BESCHÄFTIGTE
*Du bist studentische*r Beschäftigte*r an einer Berliner Hochschule und möchtest Teil der Initiative werden? Dann schreib uns und komm zum nächsten Treffen! Mehr Informationen unter: www.tvstud.de, www.facebook.com/tvstud.berlin oder https://twitter.com/TVStud_Berlin*

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

DER RHYTHMUS DES WIDERSTANDS

Musik ist für politische Aktionen so wichtig wie Fahnen und Schilder

von Hans-Jürgen Heusel

Auf vielen Demonstrationen sieht und hört man sie, die Sambagruppen. »Rhythmus of Resistance« ist ein europäisches Netzwerk aus Dutzenden solcher Gruppen, die fester Bestandteil politischer und gewerkschaftlicher Kampagnen sind. Seit sechs Jahren hat auch die GEW BERLIN ihre Sambagruppe. Mit den Klängen des Sambas soll das ausgedrückt werden, was die Demonstrierenden bewegt: Emotionen wie Empörung und Wut, energisch erhobene Forderungen. Wer schon seit 1968 dabei ist und voller Inbrunst einst »Hoch die internationale Solidarität« gerufen hat, kann bestätigen, dass das Rufen in den folgenden Jahrzehnten leiser geworden ist. Vielleicht sind wir angesichts nüchtern operierender Gegner*innen nicht mehr wirklich empört, vielleicht wollen viele Demonstrant*innen sich auch einfach nur in Ruhe unterhalten. Aber irgendwie klafft jetzt bei unseren Demonstrationen ohne Sprechchöre eine emotionale Lücke. Genau diese wollen die Sambagruppen schließen. Irgendjemand muss die Forderungen der Demonstrierenden in die Welt hinausrufen und die Demonstrierenden unter einem wie auch immer gearteten Dach vereinen.

Die auf den Demonstrationen gespielten Rhythmen sind schon von ihrer Entstehung her Ausdruck des Protests, der Bewahrung der Kultur der aus Afrika Geraubten. Seitdem diese ihre Rhythmen mit nach Amerika brachten, hat sich ihre Musik jedoch weiterentwickelt. Sie ist Teil der lateinamerikanischen Lebensweise geworden und drückt nicht nur das Lebensgefühl der Nachkommen der afrikanischen Sklav*innen aus. Tango, Rumba, Bossa Nova – das sind Musikstile und Tänze Lateinamerikas aus dem 19. und 20. Jahrhundert, die in Europa bekannt wurden.

SAMBA ALS EINLADUNG ZU PARTIZIPATION

Gleichwohl kamen in den 1970er Jahren in den ärmsten Stadtteilen Brasiliens Afro-Block-Trommelgruppen auf und wurden zu einer Bewegung des Widerstands und zu einer Quelle des Selbstvertrauens, so beispielsweise Olodum in Salvador da Bahia. Was die Sambagruppen heute spielen, sind uralte Rhythmen wie Ijexá, Bajao, Maracatu. Funk entstand in den 1960er Jahren, Sambareggae entstand in den 70ern. Sie lassen die Hüften wackeln, verbreiten gute Laune und Selbstvertrauen. Durch die Emotionen, die die Musik hervorruft, schafft sie Gemeinsamkeit unter den Anwesenden. Einheitliche Kleidung unterstützt dies noch. Bei der GEW-Sambagruppe ist es das rote T-Shirt beziehungsweise bei Wind und Regen die rote Jacke.

Wir treten oft auf Warnstreiks von Beschäftigten kleiner Einrichtungen im sozialen Bereich oder öffentlicher und privater Schulen auf. Werktags kommen wir häufig mit wenigen Musiker*innen, bringen aber alle unsere Instrumente mit und machen einen öffentlichen Workshop für die Streikenden. Jede*r kann mitmachen. Dies ist eine wunderbare Gelegenheit, mehr zu tun als nur böse mit einem Plakat herumzustehen. Auch noch so eine kleine Gruppe Streikender kann sich einig, geschlossen und stark fühlen. Mit dieser Intention gründeten im Januar 2012 vier aktive GEW-Mitglieder die »Sambagruppe der GEW BERLIN«. Ganz schnell fanden wir – das war unser Glück – einen versierten Lehrer, der uns alle lateinamerikanischen Rhythmen beibringen kann und dessen Herz auch mit unseren politischen Anliegen in Einklang ist.

Inzwischen ist die Gruppe auf zwölf feste Mitglieder angewachsen. Was uns zusammenhält, ist das gemeinsame politische Anliegen, die Freude an dieser Musik und die freundschaftlichen Umgangsformen in der Gruppe. Mitglieder berichten, dass sie sich durch ihre Beteiligung an der Sambagruppe der GEW wieder mehr verbunden fühlen und sich durch die Auftritte auch mehr für deren politische Anlässe interessieren.

Die meisten von uns sind Laien, viele machen hier zum ersten Mal Percussion. Da dauert es bei jedem neuen Stück eine Weile, bis sich alles zurechtgeruckelt hat und das Tempo geeignet ist, die Zuhörer*innen mitzunehmen. Aber es macht uns Spaß und wir werden immer besser. Wir bemühen uns, den Anforderungen gerecht zu werden.

Bei der Demonstration zum internationalen Frauentag am 8. März 2017 fingen die Demonstrantinnen vor und hinter uns zu tanzen an und klatschten Beifall; das war für uns die schönste Bestätigung, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Überhaupt war 2017 unser erfolgreichstes Jahr: 16 Auftritte hatten wir, die meisten für die GEW BERLIN, aber auch der Berlin Marathon war dabei. Der Kalender 2018 füllt sich schon mit Auftritten und Projekten wie beispielsweise Workshops; auch dieses Jahr verspricht interessant zu werden.

Hans-Jürgen Heusel, Mitglied der Sambagruppe der GEW BERLIN

FOTO IBEN: PRIVAT; FOTO UNTEN: CHRISTIAN VON POLENTZ/TRANSITFOTO.DE

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

AUCH GOETHE WÜRDE SCHWARZ TRAGEN

Am Goethe-Institut wurde lange eine verfehlte Personalpolitik betrieben, zu Lasten der Beschäftigten. Die Mitarbeiter*innen wehrten sich und konnten mit ihrer innovativen Druckkampagne einige Erfolge erzielen

Im Dezember 2012 hatte die GEW den Vorstand des Goethe-Instituts erstmals zu Verhandlungen über die Beschäftigungsbedingungen der Honorarlehrkräfte aufgefordert. Doch das Goethe-Institut weigerte sich beharrlich, über diese Forderungen zu verhandeln und die Verhandlungskommission der freien Mitarbeiter*innen als Verhandlungspartner*innen anzuerkennen.

Als Reaktion auf diese Haltung des Arbeitgebers fand von Juli bis November 2013 eine erste Reihe von Aktionen an verschiedenen Standorten des Goethe-Instituts statt. Die GEW hatte verschiedene Kampagnenmaterialien entwickelt, in denen die besondere Situation und die Forderungen der freien Mitarbeiter*innen vorgestellt und zugleich die anderen Beschäftigtengruppen zur solidarischen Beteiligung aufgefordert wurden. Das Motto »Wir sind Goethe! Gleiche Arbeit, gleiche Rechte für freie Mitarbeiter*innen« wurde auf Flugblättern, Postkarten und Transparenten umgesetzt.

Eine Besonderheit waren die Goethe-Masken, die bei den Aktionen zum Einsatz kamen. Sie bezogen sich einerseits auf das Motto der Kampagne und korrespondierten zugleich mit dem Slogan »Wir sind 80 Prozent«, indem auf die Occupy-Bewegung und die dort häufig verwendeten Guy-Fawkes-Masken angespielt wurde. Andererseits wurde damit ein praktisches Problem gelöst: Die Sorge vieler freier Mitarbeiter* innen, dass ihnen wegen der Teilnahme an Aktionen Nachteile bis hin zum Auftragsentzug durch das Goethe-Institut drohen könnten. Durch die Masken konnten sie unerkannt an den Aktionen teilnehmen.

GOETHE-MASKEN ALS ERKENNUNGSZEICHEN

Die Masken wurden im Laufe der Aktionen immer mehr zu einem Erkennungszeichen. Sie funktionieren gut als Foto-Motiv und als Requisite für Straßen-

theater-Elemente, die die Kolleg*innen immer wieder in ihre Aktionen einbauten. Obwohl nach den ersten Anläufen viele freie Mitarbeiter*innen keine Angst mehr hatten, unmaskiert an den Aktionen teilzunehmen, waren die Masken als Aktionsmaterial immer wieder präsent.

AKTIONEN AN MEHREREN STANDORTEN

Die Aktionen wurden jeweils von den Honorarlehrkräften vor Ort geplant und durchgeführt. Dabei wurden sie von der GEW durch die Aktionsmaterialien und begleitende Pressearbeit unterstützt, wobei häufig die Kolleg*innen selbst als Ansprechpartner*innen für die Presse vor Ort zur Verfügung standen.

Nachdem die Kolleg*innen am Goethe-Institut München-Sonnenstraße während der Aktionen spontan eine Unterschriftensammlung organisiert hatten, dehnte die Verhandlungskommission die Unterschriftenaktion auf alle Standorte aus. Das war für die Aktiven vor Ort eine weitere Gelegenheit, sich zu beteiligen und mit den anderen Beschäftigten ins Gespräch zu kommen. Bis Juli 2014 konnten 460 Unterschriften gesammelt werden, die dem Vorstand anlässlich des Auftakts zu den Tarifverhandlungen für die Angestellten des Goethe-Instituts am 14. Juli übergeben wurden. In Düsseldorf hat der Sprecher*innenkreis der freien Mitarbeiter*innen ein eigenes Magazin (»Freiarbeit«) entwickelt, das der Information der Kolleg*innen und dem Erfahrungsaustausch gewidmet ist.

Im Rahmen der Tarifverhandlungen, die in erster Linie die im Angestelltenverhältnis Beschäftigten des Goethe-Instituts betrafen, in denen die GEW aber auch die Forderung nach einem Tarifvertrag für Honorarlehrkräfte einbrachte, waren es wieder vor allem die freien Mitarbeiter*innen, die sich an den Aktionen beteiligten.

SCHWARZER FREITAG

Im Herbst 2014 führten sie eine Aktionswoche durch, in der sie mit schwarzer Kleidung und Buttons in den Unterricht kamen, um ihren Status als Honorarlehrkräfte sichtbar zu machen und mit den Kursteilnehmer*innen hierzu ins Gespräch zu kommen.

Zu öffentlichen Anlässen des Goethe-Instituts, beispielsweise beim Besuch des Außenministers oder der Jahreskonferenz, führten sie in den Jahren 2014 und 2015 weitere Aktionen durch. Anlässlich einer Mitarbeiter*innenbefragung des Goethe-Instituts, von der die freien Mitarbeiter*innen ausgeschlossen waren, führte die GEW im Mai 2015 eine alternative Befragung durch, in der die prekäre Beschäftigungssituation dieser größten Beschäftigtengruppe deutlich wurde.

Auch wenn der Vorstand des Goethe-Instituts weiterhin Verhandlungen mit der GEW über die Beschäftigungsbedingungen der freien Mitarbeiter*innen strikt ablehnt, zeigt der ständige Druck doch Wirkung. Das zeigt sich unter anderem daran, dass das Goethe-Institut die Stundensätze der Honorarlehrkräfte in den Jahren 2014 und 2015 jeweils überdurchschnittlich erhöht hat.

Auf die GEW-Aktionen reagiert der Vorstand des Goethe-Instituts zunehmend nervös, spätestens seit das Thema prekäre Beschäftigungsverhältnisse in der Mitgliederversammlung des Goethe-Instituts 2014 erstmals zur Sprache kam, die mit Vertreter*innen aus dem Kulturbereich und den politischen Parteien prominent besetzt ist.

DER VORSTAND WURDE NERVÖS

Die weitere Auseinandersetzung nahm infolge der Überprüfung des Goethe-Instituts durch die Deutsche Rentenversicherung eine andere Wendung. Die Folge war zunächst, dass das Goethe-Institut von Februar bis April 2017 gar keine Honorarlehrkräfte mehr einsetzte und seither in weit geringerer Zahl.

Die Aktiven von damals, die Entwickler*innen von Goethes Masken und des schwarzen Freitags, haben sich überwiegend anderweitig orientiert, sind jetzt an Schulen und Hochschulen, oder haben einen befristeten Arbeitsvertrag mit dem Goethe-Institut. Kurzum: Die Kampagne (in dieser Form) ist tot. Nichtsdestotrotz zeigt diese Auseinandersetzung, wie Arbeitskämpfe mit kreativen Aktionen bereichert werden können und in der Lage sind, zumindest teilweise, den Arbeitgeber*innen Druck zu machen. ■

Dieser Text ist ein Ausschnitt aus der GEW-Broschüre »Organizing Education«

FOTO OBEN: GEW; FOTO UNTEN: BERTOLT PRÄCHT

KAMPF UM DIE GRÜNE OASE

Die Freie Universität Berlin hat die Beschäftigten des Botanischen Gartens in eine Tochterfirma ausgegliedert, um Kosten zu senken. Die Mitarbeiter*innen wehrten sich erfolgreich

Das Interview führte Linda Guzzetti

Seit 1889 bietet der Botanische Garten seinen Besucher*innen einen eindrucksvollen Einblick in die Pflanzenwelt. Im Jahr 1995 wurde der Botanische Garten vom Land Berlin an die Freie Universität (FU) übergeben. Bereits im Jahr 2003 begann die FU damit, Dienste systematisch auszugliedern. Das ist eine beliebte Strategie von öffentlichen Einrichtungen und privaten Firmen, um durch niedrigere Löhne die Kosten zu senken. Sie entgehen damit Tarifverträgen und minimieren die soziale Absicherung ihrer Beschäftigten. Anstatt sich diesen Entwicklungen zu unterwerfen, beschlossen die Beschäftigten, sich zu wehren. Ihr Kampf war erfolgreich und ist ein positives Beispiel dafür, wie Kolleg*innen in einem Betrieb ihre Interessen durchsetzen können.

In einem Interview berichten zwei Beteiligte von ihren Erfahrungen und zeigen, welche Taktiken zum Erfolg geführt haben. Die Fragen an Lukas Schmolzi, ehemaliges Mitglied des Betriebsrats des Botanischen Gartens und Ronald Tamm, ver.di-Vertrauensmann, stellte Linda Guzzetti.

Guzzetti: Was unterscheidet die Situation am Botanischen Garten von anderen öffentlichen ausgegliederten Betrieben, den sogenannten Töchtern?

Schmolzi und Tamm: Was das Lohndumping betrifft, gibt es große Parallelen zu anderen ausgegliederten Betrieben in Berlin. Es ist aber so, dass unsere Rückführung wesentlich einfacher für den Senat zu finanzieren war, als es in anderen Betrieben der Fall ist. Das liegt daran, dass am Botanischen Garten nur rund 70 Beschäftigte vom Lohndumping betroffen waren. Beim Charité Facility Management (CFM) zum Beispiel handelt es sich um 3.200 Beschäftigte. Allerdings kann »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit« nicht davon abhängig gemacht werden, wie viele Menschen betroffen sind.

Wie wurde das Lohndumping am Botanischen Garten organisiert?

Schmolzi und Tamm: Die FU umging den Tarifvertrag der Länder, TV-L, indem sie die Beschäftigten in eine 100-prozentige Tochter ausgliederte. Die Löhne in der Betriebsgesellschaft bewegten sich von Anfang an auf einem Niveau, das am treffendsten mit dem Begriff »Armut durch Arbeit« charakterisiert ist. So wurden zum Beispiel zeitweise für den Besucher*innenservice gerade einmal 6 Euro brutto in der Stunde gezahlt.

Hat der Übergang in die Zuständigkeit der FU Einfluss auf die Arbeitsbedingungen gehabt?

Schmolzi und Tamm: Ja, für die FU war entgegen aller Beteuerungen der Botanische Garten ein Klotz am Bein, in den man nur ungern Geld investierte. Die Kosten für gärtnerisches Personal konnte man nicht so einfach reduzieren, ohne auch die Pflanzenbestände zu reduzieren. Trotzdem baute man Personal ab. Die Pflanzenbestände begannen zu leiden. Ein Stich ins Herz der Wissenschaftler*innen und Gärtner*innen. Auch Besucher*innen des Gartens begannen sich zu beschweren. Gärtnerische Aufgaben lassen sich nicht aufschieben und zu einem späteren Zeitpunkt nachholen.

»Besonders wichtig war eine lebhafte Betriebsgruppe, eng verzahnt mit dem Betriebsrat«

Warum ist es im Jahr 2015 zu einem gewerkschaftlichen Kampf gekommen?

Schmolzi und Tamm: Der Kampf hat schon sehr viel früher begonnen, unserer Erinnerung nach im Jahr 2007. 2015 wurde er öffentlich. Schon seit den ersten Ausgliederungsversuchen kämpfte eine Vielzahl der Beschäftigten gegen die Privatisierung und das Lohndumping, was uns den nicht ganz ernst gemeinten Ruf des gallischen Dorfes der Freien Universität einbrachte. Als sich die Öffentlichkeit für die Arbeitsbedingungen zu interessieren begann, waren die mickrigen Löhne das stärkste Argument. Wir waren trotz Arbeit arm!

Was ist entscheidend für den Erfolg gewesen? Wie ist es möglich gewesen, dass der Kampf der Beschäftigten des Botanischen Gartens so viel Solidarität erfahren hat?

Schmolzi und Tamm: Neben einer sehr engagierten Gewerkschaftsarbeit durch ver.di arbeiteten wir mit Gruppen wie dem gewerkschaftlichen Aktionsausschuss, Labournet e.V., Arbeitsunrecht Deutschland, Berliner Aktion gegen Arbeitgeberunrecht, Klasse gegen Klasse und Günter Wallraffs Verein Work Watch zusammen. Diese Gruppen können Erfahrungen aus anderen Arbeitskämpfen weitergeben. Jede der Gruppen hat einen eigenen Schwerpunkt. Die Berliner Aktion gegen Arbeitgeberunrecht unterstützt Betriebsräte und Beschäftigte bei Gerichtsverhandlungen und berichtet anschließend darüber. Der gewerkschaftliche Aktionsausschuss half uns auch

FOTOS: PRIVAT

mit politischen Verantwortlichen in Kontakt zu kommen. Der Betriebsrat des Gemeinschaftsbetriebes hatte sehr gute Fachanwälte für Arbeitsrecht an seiner Seite, die sich über ihren juristischen Auftrag hinaus für die Belange der Beschäftigten einsetzten. Rechtsanwalt Reinhold Niemerg besuchte während des Arbeitskampfes jede Betriebsversammlung. Er hielt themenbezogene Vorträge zu strittigen Fragen. Das gab den Beschäftigten Rechtssicherheit. Wir konnten daraufhin den Verunsicherungsversuchen der Geschäftsführung gelassener entgegentreten.

Ein weiteres starkes Mittel zur Durchsetzung unserer Forderungen war eine lebhafte Betriebsgruppenarbeit eng verzahnt mit der Betriebsratsarbeit und natürlich die Streiks! Wir erstellten online einen Aktionskalender, auf den alle Gewerkschaftsmitglieder Zugriff hatten. Dort trugen wir die Veranstaltungen der Parteien ein. Wir besuchten kleine Stadtteilgrillfeste der SPD, aber auch große Veranstaltungen im Bundestag. Diese Aktivitäten haben die Arbeitsbedingungen im Botanischen Garten bekannt gemacht und für Empörung in der Bevölkerung gesorgt. Wir haben verstanden, dass wir selbst aktiv werden müssen und nicht die Gewerkschaft für alles verantwortlich machen können. Wir hatten unseren eigenen Kopf und setzten diesen auch durch!

»Wir haben verstanden, dass wir selbst aktiv werden müssen«

Wir besuchten politische Veranstaltungen und ergriffen immer wieder das Mikrofon, um zum Beispiel den Regierenden Bürgermeister Michael Müller direkt zu fragen, wie er gedenkt, die Zustände im Botanischen Garten zu verbessern. Politiker*innen sind ja bei öffentlichen Auftritten bemüht, ein gutes Bild abzugeben, gerade im Wahlkampf. Einige Male konnten wir Politiker*innen dann eine Aussage abringen, die wir in den Verhandlungen oder in der anschließenden Öffentlichkeitsarbeit weiter verwendeten. Wir sind auch nicht nur den Einladungen zu DGB-Veranstaltungen gefolgt, sondern überraschten Politiker*innen mit unserem Erscheinen auf Veranstaltungen, auf denen sie nicht mit uns rechneten.

Was ist der heutige Stand? Welche Probleme sind ungelöst?

Schmolzi und Tamm: Heute sind alle diejenigen, die in der Betriebsgesellschaft angestellt waren, bei der Freien Universität beschäftigt und werden nach TV-L bezahlt. So wie es sein sollte: ein Betrieb und ein Tarifvertrag eben mit gleichem Lohn für gleiche Arbeit. Einige Bereiche sind allerdings weiterhin outgesourct, wie die Tischlerei, die Schmuckgärten und der Reinigungsservice. Auch der Personalmangel im gärtnerischen Bereich ist ein ungelöstes Problem. Es gibt weiterhin stillgelegte Flächen und das neu gebaute Victoriahaus konnte mangels Personal noch nicht für die Besucher*innen geöffnet werden. Der Vollständigkeit halber muss man aber auch sagen, dass sich durch den unnachgiebigen Kampf der Beschäftigten sehr viel zum Positiven gewendet hat. Die betriebliche Situation ist mit der vor zehn Jahren nicht vergleichbar.

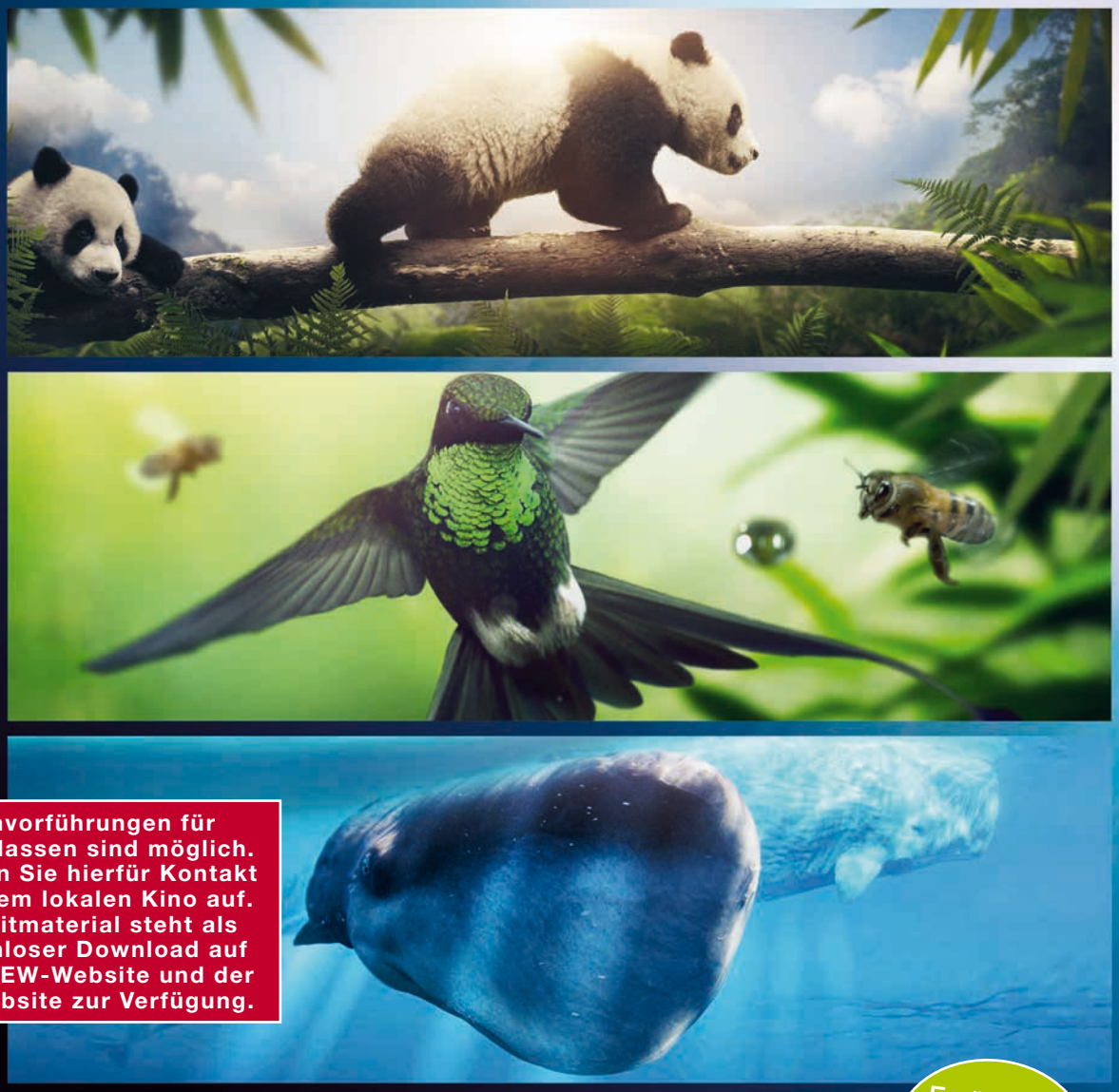
Über euren Kampf habt ihr sogar ein Buch geschrieben. Es heißt »Der Aufstand der Töchter – Gemeinsam staatlich organisierte prekäre Beschäftigung überwinden«. Wie seid ihr darauf gekommen?

Schmolzi und Tamm: Man sagte uns, unser Kampf sei exemplarisch für viele andere Arbeitskämpfe im öffentlichen Sektor. Wir wollten das hier Aufgeführte etwas deutlicher darlegen und zeigen: Kämpfen lohnt sich! Wir begannen deshalb unsere Erlebnisse aufzuschreiben. Heute sind wir sehr froh, dass dieses Buch entstanden ist. Es macht für die Öffentlichkeit und die Kolleg*innen im Betrieb alles noch mal verständlicher.

FOTO: BERTOLT PRÄCHT

Linda Guzzetti, Koordinatorin der AG-Lehrbeauftragte in der GEW BERLIN

UNSERE ERDE faszinierte fast 4 Mio. Kinozuschauer!



Filmvorführungen für Schulklassen sind möglich. Nehmen Sie hierfür Kontakt mit Ihrem lokalen Kino auf. Begleitmaterial steht als kostenloser Download auf Ihrer GEW-Website und der Filmwebsite zur Verfügung.

Erzählt von GÜNTHER JAUCH

unsere erde 2

So haben Sie die Welt noch nie erlebt!

BUENA VISTA INTERNATIONAL · BBC earth FILMS · SMG · www.unsere-erde2-film.de · DOLBY KINOS · SOUNDTRACK ERSCHIENEN BEI DEMON · universum film

AB 15. MÄRZ 2018 NUR IM KINO

Erzieher*innen: viel Verantwortung für wenig Geld

Die Anforderungen an den Erzieher*innenberuf steigen. Doch von der einst versprochenen Aufwertung des Berufes ist nichts zu spüren. Kein Wunder, dass viele den Job wechseln

von Vanessa Jahn

Nach dem Abitur habe ich mich für eine Ausbildung als Erzieherin entschieden. Das war im Jahr 2003. Damals gehörte ich dem ersten Jahrgang an, für den das Abitur oder Fachabitur Zugangsvoraussetzung war. Wir alle sind mit großem Enthusiasmus gestartet und begrüßten den Entschluss des Senats, den Beruf der Erzieher*in aufzuwerten. Denn das erschien uns angesichts des breitgefächerten Bildungsauftrags in unserer zukünftigen Arbeit nur folgerichtig. Wir spürten eine Aufbruchsstimmung, auch unter unseren Lehrer*innen. Es schien nur noch eine Frage der Zeit, bis die Erzieher*innen eine weitere gesellschaftliche und politische Aufwertung erfahren würden, die sich auch im Gehalt niederschlägt. Es war die Rede davon, den Stellenwert der Erzieher*innen auf europäisches Niveau zu heben. Wir alle setzten große Hoffnungen in diese Entwicklung.

Heute, 15 Jahre später, müssen wir eine traurige Bilanz ziehen. Aus BAT Vb und Vc wurde der Tarifvertrag der Länder (TVL), Entgeltgruppe 8. Mitnichten kann davon gesprochen werden, dass wir Erzieher*innen behandelt würden, als hätten wir eine fundierte Ausbildung genossen, für die das Abitur Voraussetzung ist. Schlimmer noch, der Senat weigert sich, selbst Kolleg*innen, die einen Bachelor in Bildung und Erziehung im Kindesalter besitzen, mindestens Entgeltgruppe 9 zu bezahlen wie es einem Studium angemessen wäre. Auch diese Kolleg*innen sind in der Entgeltgruppe 8 eingruppiert.

Mittlerweile hat der Senat zwar einige der Kürzungen, die im Zuge der Berliner Sparpolitik durchgesetzt wurden, zurückgenommen. Dennoch hat sich an der geringen politischen, medialen und finanziellen Wertschätzung unserer Arbeit wenig geändert.

Ständig steigende Anforderungen

Dafür sind die Anforderungen an Erzieher*innen immer mehr gestiegen. Im Kindergarten wird nach dem Berliner Bildungsprogramm gearbeitet, Sprachlerntagebücher werden seit vielen Jahren

FOTO: DOMINIK BUSCHARDT

geführt, die Kinder sollen in Ich-, Sach-, Sozial- und lernmethodischer Kompetenz gefördert werden. Dazu kommt selbstverständlich die Integration von Kindern mit Behinderungen sowie die Sprachentwicklung und die Erziehung zu einem demokratischen Grundverständnis. An dieser Stelle die Aufzählung zu vervollständigen, würde den Rahmen sprengen. Das Berliner Bildungsprogramm für die Kita ist 180 Seiten lang und kann bei Bedarf gerne auf der Website der GEW BERLIN nachgelesen werden.

Aber nicht nur in Kitas sind wir bildend tätig. Auch in den Grundschulen sind wir ein fester Bestandteil des Kollegiums. Hier begleiten wir die Kinder nicht nur im Unterricht, wobei vorausgesetzt wird, dass wir den Unterrichtsstoff beherrschen, und üben grob- sowie feinmotorische Fertigkeiten. Wir planen auch unterrichtsergänzende sowie sozialpädagogische Angebote im Bereich der Sozialkompetenz, der Demokratieerziehung und des Umgangs mit Diversity und Vielfalt. Wie selbstverständlich werden wir herangezogen, um Unterrichtsausfälle zu vertreten, die anschließend keine statistische Erwähnung finden.

Erzieher*innen stellen an meiner Schule »nebenbei« den Mittagessenausschuss, achten auf die Qualität und Quantität des Schulessens und stehen dabei im Kontakt mit dem Bezirksamt. Eine nicht zu unterschätzende Mehrarbeit, immer zum Wohle der Kinder natürlich! Dazu kommen noch eine ganze Reihe anderer Aufgaben, angefangen damit, dass wir emotionale und soziale Defizite der Kinder erkennen und dementsprechend handeln. Wir leisten Mediations- und Integrationsarbeit, damit sich die Kinder in den Klassen entspannen, mental neu ordnen und sich erneut konzentrieren können.

Da wir immer greifbar sind, führen wir viele Elterngespräche und gehen stets flexibel auf Anliegen und Bedürfnisse ein, beispielsweise beim Abholen der Kinder. Aber auch konflikthafte Gespräche unter den Eltern versuchen wir zu entschärfen und zu einer friedlichen Lösung zu finden. In einigen Fällen ist auch die Kooperation mit dem Jugendamt oder dem Kinder- beziehungsweise Jugendnotdienst notwendig. Meine Ausbildung war so fundiert und gut, dass ich mich selbst in schwierigen Situationen handlungs- und entschlussfähig fühle. Selbst das Erkennen von Kindeswohlgefährdung war intensiver und hilfreicher Gegenstand meiner Ausbildung.

Ein Viertel der Studierenden bricht die Ausbildung ab

Man sollte meinen, dass das Einkommen entsprechend der Verantwortung ansteigt. Leider ist dem nicht so. Leider sind wir Erzieher*innen im Verhältnis zu unserem Aufgabenfeld skandalös schlecht bezahlt. Selbst in Zeiten des verschärften Fachkräftemangels scheint sich das Missverhältnis zwischen Aufgabenfeld, Verantwortung und Vergütung nicht aufzuheben. Laut RBB bricht aktuell ein Viertel der Studierenden die Erzieher*innenausbildung ab. Das ist kaum verwunderlich angesichts schlechter Arbeitsbedingungen und niedriger Bezahlung. Viele wechseln im Laufe der Ausbildung auf einen Studienplatz, verbunden mit der Aussicht auf ein besseres Gehalt. Vielleicht denken die politisch Verantwortlichen einmal über diese Tatsache nach!

Ich arbeite in Vollzeit, also 39,4 Stunden pro Woche. Und dennoch muss ich jeden Monat ausrechnen, wofür ich mein Geld ausgebe und auszugeben bereit bin. Altersarmut ist ebenso ein Thema für mich. Das sollte nicht so sein. Das darf nicht so sein!

Ich habe noch ein Studium der Sozialen Arbeit absolviert. Andere aus meiner Ausbildungszeit haben Psychologie oder Bildung und Erziehung im Kindesalter studiert. Viele von ihnen arbeiten, aus den oben genannten Gründen, nicht mehr als Erzieher*in. Ich arbeite gerne und mit viel Engagement als Erzieherin an einer gebundenen Ganztagsschule, obwohl es eine sehr anspruchsvolle und fordernde Arbeit ist. Dennoch muss auch ich mir die Frage stellen, ob ich es mir finanziell noch leisten kann, diese Arbeit weiterhin zu machen. ■

Vanessa Jahn, Erzieherin und Sozialarbeiterin an einer gebundenen Ganztagsgrundschule in Neukölln

ANZEIGE

Leitung ohne Anerkennung

Die Tätigkeiten koordinierender Erzieher*innen sind vielfältig. Ihnen obliegt faktisch die Leitung des Ganztagsbetriebes. Entsprechend honoriert wird diese Arbeit jedoch nicht. Dabei würden auch alle anderen Erzieher*innen davon profitieren

von Dagmar Berditzka

Koordinierende Erzieher*innen sind das Bindeglied zwischen Schulleitung, Lehrkräften und Erzieher*innen. Eine extrem wichtige Aufgabe FOTO: ALEXANDER PAUL ENGLERT

Der Bereich der ergänzenden Förderung und Betreuung (eFöB) an unseren Schulen wächst stetig. Egal, wie groß der Bereich ist und wie viel Kolleg*innen im Team sind, es gibt nur eine koordinierende Erzieher*in. Ihr obliegt faktisch die Leitung des Ganztagsbetriebs. Doch gewürdigt wird die wichtige Aufgabe der koordinierenden Erzieher*innen viel zu wenig. Eingruppierungen bleiben von der Größe des eFöB-Bereichs unberührt. Stellvertreter*innen sind nicht vorgesehen.

Schon Professor Rudow verwies in seiner Studie aus dem Jahr 2015 auf die Zusammenhänge zwischen den strukturellen Rahmenbedingungen, den arbeitsorganisatorischen Bedingungen, der Ausstattung der Schulen, sowie der Wertschätzung der Arbeit der Erzieher*innen auf die Gesundheit der Kolleg*innen. Das zeigt, wie wichtig und notwendig grundlegende Veränderungen beim weiteren qualitativen Ausbau des Ganztags sind. Es darf nicht weiter bei Lippenbekenntnissen bleiben, denn Nachwuchs fehlt schon jetzt.

Die GEW BERLIN hat nach dieser Studie entsprechende Forderungen an die Politik formuliert. Mit der Dienstvereinbarung zur mittelbaren pädagogischen Arbeit (mpA), die verbindliche Zeiten für die Vor- und Nachbereitung schafft, ist ein erster Schritt getan. Wichtig ist jetzt, dass die vereinbarte Evaluation der Dienstvereinbarung in allen Bezirken aktiv unterstützt wird.

Es ist Zeit für Gleichberechtigung

Eine Kernforderung ist, die Tätigkeit der koordinierenden Erzieher*innen als Leitungstätigkeit anzuerkennen. Schon jetzt leisten diese Kolleg*innen Leitungsarbeit. Sie sind für den gesamten Bereich der ergänzenden Förderung und Betreuung verantwortlich, indem sie pädagogische Konzepte erarbeiten und umsetzen, Dienstpläne erstellen, Dienstberatungen durchführen, ihr Team leiten und Ansprechpartner*innen für Eltern und Kolleg*innen bei Sorgen und Problemen sind. Vielfältige Verwaltungsaufgaben, wie die Abrechnung der Gelder aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), Bestellung von Materialien und Urlaubsplanungen sind auch zu bewältigen. Und: In nicht wenigen Fällen haben sie auch eine Personalverantwortung!

Koordinierende Erzieher*innen sind in vielen schulischen Gremien vertreten und ein wichtiges Bindeglied zwischen Schulleitung, Lehrer*innen und Erzieher*innen.

Es ist an der Zeit, dass diese vielschichtige und verantwortungsvolle Tätigkeit auch endlich im Organisationsbereich der Schule wertschätzend anerkannt und gewürdigt wird. Der Tarifvertrag (TV-L) ist hierfür bereit, ein entsprechendes Tätigkeitsmerkmal ist vorhanden. Alleine das Berliner Schulgesetz steht hier im Weg. Dieses sieht die Schulleitung nach wie vor als Alleinverantwortlichen für die gesamte Schule. In Zeiten, in denen von multiprofessionellen Teams die Rede ist und das Aufgabenspektrum der Schule immer breiter wird, sind auch verschiedene Professionen für deren Leitung und Gestaltung unabdingbar. Das Berliner Schulgesetz bedarf einer Änderung, die koordinierende Erzieher*innen als gleichberechtigten Teil der Schulleitung definiert.

Dies würde dann auch zur Aufwertung der Stellung der Erzieher*innen an unseren Schulen führen und damit wäre ein wichtiger Schritt in Richtung eines gleichberechtigten Miteinanders unter Lehrer*innen und Erzieher*innen getan. ■

Für die notwendigen Veränderungen müssen wir Druck machen und uns vernetzen. Komm zum nächsten Treffen der Zukunftswerkstatt am 16. April um 16.15 Uhr im Rathaus Helle Mitte, E-Mail: marzahn-hellersdorf@gew-berlin.de

Dagmar Berditzka, Koordinierende Erzieherin im Namen der AG Zukunftswerkstatt Marzahn-Hellersdorf

bbz-SEITEN FÜR DAS GEHOBENE ALTER

SenioRita

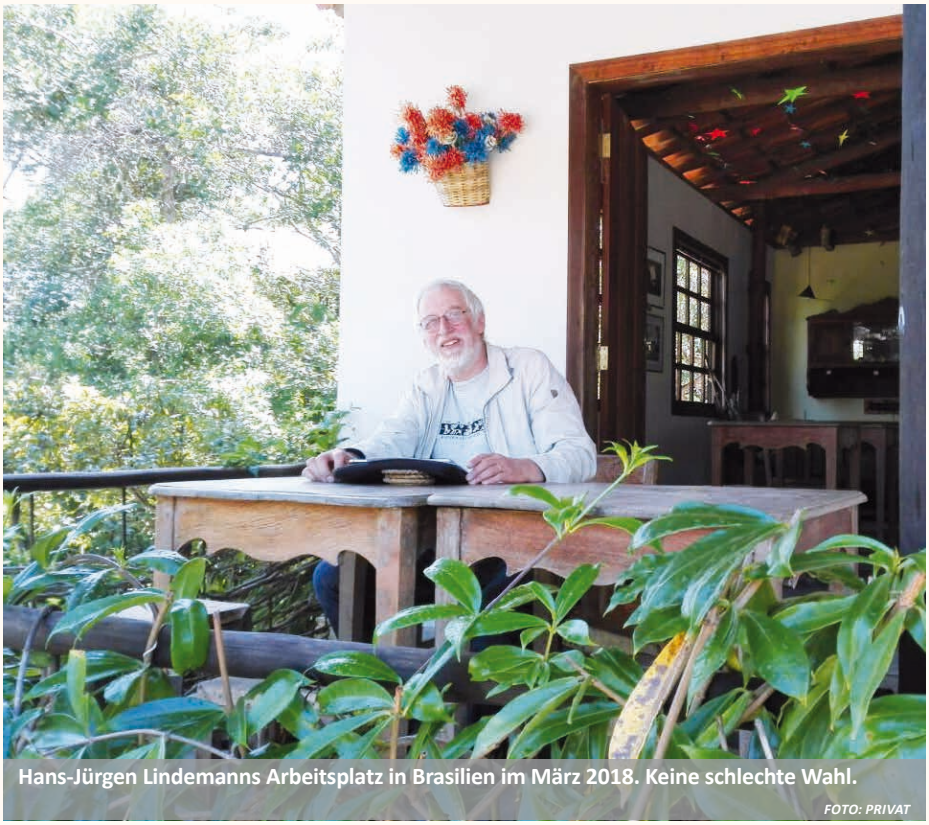
AUSGABE XXXIII ALTERSABHÄNGIG APPRIL/MAI 2018

Vorwärts mit der beruflichen Bildung

Die EXTRA-SEITEN der bbz

Hans-Jürgen Lindemann beendet seine Schulkarriere vorzeitig, bleibt der beruflichen Bildung aber weiterhin eng verbunden

Das Interview führten Dieter Haase und Klaus Will



Hans-Jürgen Lindemanns Arbeitsplatz in Brasilien im März 2018. Keine schlechte Wahl.

FOTO: PRIVAT

Hans-Jürgen, erzähl mal. Du bist nun gerade 63 Jahre alt und gehst schon in den Ruhestand. Warum?

Vielleicht habt ihr ja gehört, dass es an meiner Schule, der Martin-Wagner-Schule beziehungsweise dem OSZ Bautechnik II (heute OSZ-Bau-Holztechnik) einigen Ärger gegeben hat, weil die Bauschule geschlossen werden sollte. Das muss man sich mal vorstellen: Erst werden wir ausgelagert, weil die Schule einen Neubau bekommt. In den sind wir 2008 eingezogen. Und sollten 2016 schon wieder raus, weil Bezirk und Senat andere Pläne hatten. Die Bauberufe passen wohl nicht so richtig in den Prenzlauer Berg, dort befindet sich ja die Schule. Dann wurden wir fusioniert mit einem anderen OSZ. Und diese ganze Auseinandersetzung und dazu noch Einschränkungen bei meinem zweiten Tätigkeitsfeld in der Lehrerfortbildung haben dazu geführt, dass ich mich jetzt lieber zurückziehe und anderen Dingen widme.

Wie war das genau mit der geplanten Schließung? Und warum wurde daraus nichts?

Das OSZ Bautechnik unterrichtet Maurer, Gerüstbauer und andere Bauberufe. Die wollte man anscheinend lieber raus haben und sie nach Spandau und anderswo schicken. Stattdessen hatte man hochfliegende Pläne mit einem Campus Gestaltung, also etwas schicker: Design, Grafik und so etwas, was wohl besser passt. Die Schließung verhindert hat schließlich der öffentliche Protest. Bildungssenatorin Sandra Scheeres hat dabei sogar ihren Wahlkreis, der im Einzugsbereich der Schule liegt, an die Linke verloren. Und was die Bildungsverwaltung gar nicht im Blick hatte, war, dass der Schulneubau der Martin-Wagner-Schule aus EU-Mitteln für berufliche Bildung finanziert wurde. Auch deshalb konnte man daraus nicht einfach eine allgemeinbildende Schule machen. Soviel zur Qualifikation dieser Verwaltung.

Und jetzt willst du deine Ruhe haben!

Nein, das nicht. Ich gehe in den vorgezogenen Ruhestand, um mich stärker in

meinen anderen Arbeitsfeldern engagieren zu können. Dort muss ich mich nicht mit solchen Nickligkeiten wie hier der Schulverwaltung herumschlagen. Die Schulaufsicht gerade im Bereich Berufliche Bildung hat zu Recht einen sehr zwiespältigen Ruf.

Gut, das lassen wir jetzt mal so stehen. Was machst du jetzt?

Na, ich bin ja seit 15 Jahren in der internationalen Zusammenarbeit der Berufsbildung als Gutachter, Berater und Fortbildner tätig. Außerdem habe ich weiterhin die ganze Zeit wissenschaftlich gearbeitet. Das werde ich jetzt alles verstärkt betreiben. So fahre ich nach dem Interview zum Beispiel für einige Wochen nach Brasilien und Peru.

Kommen wir zurück zu deiner persönlichen Laufbahn. Wir kennen uns ja noch aus der Zeit der basisdemokratischen GEW, als wir im Leitenden Ausschuss der jeweiligen Studierendengruppen aktiv waren.

Genau, Klaus Will für die Freie Universität, Michael Retzlaff und Meinhard Jacobs für die damalige Pädagogische Hochschule, Ralf Friese für die damalige HDK und ich für die Technische Hochschule.

Hans-Jürgen Lindemann ist Jahrgang 1954 und ausgebildeter Berufschullehrer, 1995 hat er zum Thema Berufsbildung und Gewerkschaft auch promoviert. Hans-Jürgen war schon als Student in der GEW aktiv und später als Personalrat der Studienreferendare. Er war im Ausland und in Berlin als Fortbildner in der Beruflichen Bildung tätig und macht das auch weiterhin. Im März 2018 ist er aus dem Berliner Schuldienst ausgeschieden. Das Foto oben ist aktuell, rechts oben ein Foto aus dem Jahr 1988. Kontakt: www.halinco.de / www.dblernen.de

Was hast du nach dieser Zeit gemacht?

Na ja, nach dem Ersten Staatsexamen habe ich mit anderen zunächst eine Baufirma gegründet. Zum einen, weil es damals schwierig war, in den Schuldienst zu kommen – auch aus politischen Gründen. Zum anderen aber auch, weil wir uns gesagt haben, dass wir als Berufsschullehrer zumindest etwas Praxis haben sollten. Da haben wir dann Dachausbauten und solche Sachen gemacht. Immerhin drei Jahre von 1979 bis 1982. Ich wollte auch mal ausprobieren, ob ich so etwas kann. Erst danach habe ich dann das Referendariat gemacht,

Und ab wann hast du dann unterrichtet?

Ich bin 1984 in den Schuldienst gegangen. Da ich immer etwas Veränderung brauche, habe ich einige Jahre später ein Projekt mit dem DGB und der TU begonnen über Gewerkschaftsarbeit und Berufsbildung. Aus diesem Projekt ist von 1992 bis 1995 meine Promotion geworden. Jetzt brauchte ich dringend wieder eine Veränderung und wollte ins Ausland, ich bin dann nach Südamerika gegangen. Dort habe ich für den DED ein Projekt zur Trinkwasserversorgung in indigenen Dorfgemeinschaften in Guatemala gemacht und war später für die GTZ als Berater in Argentinien tätig. 2001 bin ich dann zurück nach Berlin und habe hier noch einige Jahre freiberuflich meine Beratertätigkeit fortgeführt, was ich immer noch mache.

Und ab wann bist du dann wieder in der Schule gewesen?

2002 bin ich wieder eingestiegen, habe dann aber relativ schnell eine halbe Stelle als Fortbildner am LISUM im Bereich Berufsbildung bekommen. Als das LISUM in Berlin aufgelöst wurde und nach Ludwigsfelde ging, habe ich die regionale Fortbildung für die berufsbildenden Schulen konzipiert, mit aufgebaut und durchgeführt. Nach diesem Konzept läuft auch heute noch der größte Teil der Fortbildung bei uns. Da bin ich immer noch stolz drauf.

Und was findest du nicht so gut?

Ich finde so im Nachhinein, dass ich in Sachen beruflicher Bildung zwar in Fachkreisen viel getan habe. Das kann man auch an der Menge der Publikationen ablesen. Aber ich muss selbstkritisch sagen, dass ich mich in diesen Sachen zu wenig politisch betätigt habe. Also nicht stärker an die allgemeine Öffentlichkeit gegangen bin. Denn inzwischen haben wir eine ausgewachse Krise in der beruflichen Bildung, die ja nicht über Nacht gekommen ist. Wir hätten schon viel früher und lauter Alarm schlagen müssen. Dass zum Beispiel Studien nicht veröffentlicht werden, die Fehlentwicklungen in den Beruflichen Schulen untersuchen und Vorschläge für einen besseren Unterricht machen.

Warum denn das?

Weil es eben nicht passt. Stattdessen wird weiter gewurstelt mit dem Ergebnis, dass mittlerweile die Abbruchquote in den dualen Ausbildungsberufen der beruflichen Schulen Berlins bei über 40 Prozent liegt. Und insgesamt kommen mal gerade 25 bis 30 Prozent der Auszubildenden auch tatsächlich in den gewählten Berufen an. Es ist nicht nur so, dass wir zu wenig ausbilden, sondern wir bilden so schlecht aus – der Fachunterricht wird von den Auszubildenden immer schlechter beurteilt – dass selbst von den Ausbildungswilligen am Ende nur noch ein Viertel tatsächlich auch im Beruf anfängt. Das ist mehr als blamabel. Andere Bundesländer machen das viel besser.

Wie kommt so etwas? Das kommt doch nicht von heute auf morgen?

Nein, das stimmt. Aber die Senatsbildungsverwaltung hat so ziemlich alles verkehrt gemacht, was man verkehrt machen kann. Das hat sich im Laufe der Zeit angehäuft und zeitigt nun diese Ergebnisse.

Etwas konkreter, bitte.

Es ist so, dass die Ressourcen für die curriculare Entwicklung im berufsbilden-

FOTOS: PRIVAT

den Bereich fast vollständig gestrichen wurden. Damit fällt ein wesentlicher Teil für die Modernisierung des Unterrichts weg. Das fällt umso mehr ins Gewicht als hinzukommt, dass es einen extremen Lehrkräftemangel gibt. Ähnlich wie bei den allgemeinbildenden Schulen überwiegen inzwischen die Quereinsteiger. Hinzu kommt, dass auch in den Leitungen immer weniger Fachleute sitzen, die wissen, was in den jeweiligen Bereichen läuft. Der fachliche Aspekt ist in weiten Teilen der Schulleitungen heute unterrepräsentiert. Das gilt im gleichen Maße für die Schulaufsicht. Allerdings gibt es an den OSZ innovative Kollegen und Teams, die sich entwickeln und sehr gute Arbeit machen. Mit denen haben wir als Fortbildner gearbeitet.

Mit anderen Worten: Überall sitzen Leute, die für die berufliche Bildung kaum ausreichende Kenntnisse haben.

Das ist das Problem. Berlin hat sich zu weiten Teilen aus Modernisierungsdiskussionen im Bundesgebiet abgekoppelt. Berlin selbst macht aber auch nichts eigenes, weder gibt es Tagungen noch Fortbildungen, die Tendenzen wie die Digitalisierung in den Berufen der beruflichen Bildung zum großen Thema machen.

Und was macht die Wirtschaft oder die Handwerkskammer? Warum wehren die sich nicht dagegen?

Zumindest die Wirtschaft wehrt sich auf ihre Art. Berlin ist eine Hochburg der privaten beruflichen Schulen. Und der Boom hört nicht auf. Die machen sich ihre eigenen beruflichen Schulen und ziehen dadurch noch mehr Ressourcen von den OSZ ab. Es ist wirklich ein Jammer, denn das betrifft vor allem attraktive Bereiche, dort werden dann die OSZ zur Restgröße. Und die Politik lässt das einfach geschehen.

*Aber die Berufsbildner*innen der GEW haben sich bislang auch sehr bedeckt gehalten. Sowohl was diese Kritik betrifft als auch bei der Organisation von Tagungen?*

Ja, da haben wir auch tatsächlich noch Defizite. Ich habe ja schon gesagt, dass ich mir selbst vorwerfe, zu wenig politisch tätig geworden sein. Aber das muss ja nicht so bleiben.

Na, da sind wir gespannt auf die zahlreichen Veranstaltungen zur beruflichen Bildung. Hans-Jürgen, wir bedanken uns für das Gespräch.

MAHNMAL KZ COLUMBIA AM COLUMBIADAMM, NAHE DEM EHEMALIGEN FLUGHAFEN TEMPELHOF: Im Columbia-Haus beim ehemaligen Flughafen Tempelhof befand sich ein »wildes« Konzentrationslager. Hier wurden viele Gegner*innen des Nationalsozialismus gefangen gehalten und gefoltert. Unser Rundgang beginnt dort und führt dann zum Haus Schulenburgring 2, dort wurde die Berliner Kapitulation am 2. Mai 1945 unterzeichnet. In diesem Haus wohnte auch die jüdische Familie Grunwald, von der drei Mitglieder 1943 deportiert und ermordet wurden. Der Rundweg dauert etwa zwei Stunden und führt vom Mahnmal für die Opfer des KZ am Columbiadamm zur ehemaligen Synagoge in der Mussehlstraße und zum Haus der Berliner Kapitulation. Informationen zur Geschichte des Hauses sind auch unter *www.schulenburgring2.de* zu finden. Wir treffen uns Samstag, den 2. Juni und am 6. Oktober 2018 um 14 Uhr am Luftbrückendenkmal am U-Bahnhof Platz der Luftbrücke. Bitte anmelden unter Joachim.Dillinger@web.de, Tel. 785 77 39

FOTO: VON BEEK100/WIKIPEDIA

AKTIV GEGEN BERUFSVERBOTE!

Am 28. Oktober 2017 fand in Kassel eine Konferenz zur Aufarbeitung des Radikalenerlasses und seiner persönlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen statt. Der GEW-Vorstand hatte eingeladen und es kamen über 100 Teilnehmer*innen, darunter auch einige junge Leute, die sich für die Zeit der Berufsverbote interessieren, mehrere Landesvorsitzende und andere Funktionsträger*innen der GEW, vor allem aber viele ehemals vom Berufsverbot Betroffene. 2012 hatte der Hauptvorstand der GEW schon einmal die vom Berufsverbot Betroffenen zu einer Solidaritätsveranstaltung eingeladen. Damals verkündete der Vorsitzende Ullrich Thöne vor über 200 Betroffenen den Beschluss des Hauptvorstands, dass die GEW die Unvereinbarkeitsbeschlüsse, Denunziationen und Ausschlüsse von linken Mitgliedern in den 70er Jahren bedauert, als schweren Fehler ansieht und sich bei den Betroffenen dafür entschuldigt. Und er bot den Betroffenen eine Art Wiedergutmachung an. Jetzt, fünfeinhalb Jahre später und älter geworden – viele ehemals Betroffene gehen auf die 80 zu – war aber von Altersmüdigkeit nichts zu spüren. Im voll besetzten Saal herrschte eine kämpferische Stimmung. Am Anfang der von der GEW-Vorsitzenden Marlis Tepe gelei-

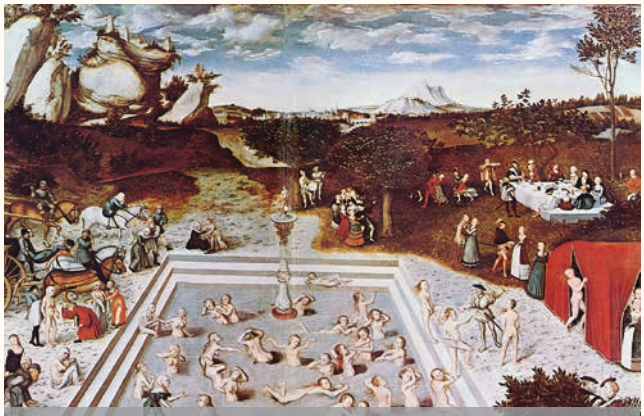
teten Konferenz stand ein Vortrag des jungen Historikers Dominik Rigoll über die Ursachen und Folgen des Radikalenerlasses von 1972. Danach berichtete Kerem Schamberger aus München über seinen Fall von Einstellungsbehinderung als wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität, Silvia Gingold aus Kassel informierte über ihren Prozess gegen die fortgesetzte Beobachtung ihrer Person und das skandalöse Urteil des Verwaltungsgerichts, das diese Praxis ausdrücklich bestätigte.

Weitere Beiträge und Diskussionen gab es zum unterschiedlichen Stand der Aktivitäten in den Bundesländern. Dabei zeigte sich, dass es in Baden-Württemberg, Niedersachsen und Hessen die aktivsten Gruppen gibt. Die Konferenz solidarisierte sich mit allen türkischen Kolleg*innen, die in ihrem Land derzeit massiv in ihren Rechten eingeschränkt, entlassen und verhaftet werden. Zum Abschluss der Konferenz betonte der Sozialwissenschaftler David Salomon aus Hildesheim die Bedeutung des Themas für die politische Bildung: Die Geschichte der Berufsverbote sei nicht nur eine Geschichte der politischen Unterdrückung, sondern auch eine Widerstandsgeschichte. Marlis Tepe verlangte von den Landesregierungen Vorschläge zur Rehabilitierung und Entschädigung der Betroffenen. Sie kündigte an, eine Kommission zur »Rehabilitierung von Betroffenen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse« einzurichten.

(Nach einem Bericht von Klaus Lipps in der Zeitschrift Alter & Ruhestand Nr. 1/2018 der GEW Baden-Württemberg)

DIE GESUNDHEITSKOMPETENZ ÄLTERER MENSCHEN FÖRDERN

Die Ergebnisse einer Studie zur Gesundheitskompetenz der Bevölkerung in Deutschland der Universität Bielefeld belegen, dass fehlende Gesundheitskompetenz oft einen schlechteren subjektiven Gesundheitszustand und ein ungünstiges Ernährungs- und Bewegungsverhalten zur Folge hat. Diese Ergebnisse erläuterte Doris Schaeffer von der Universität Bielefeld anlässlich der Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO) im November 2017. Ursula Horzetzky vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, forderte, dass allen Menschen – vom ersten Lebenstag bis ins hohe Alter – eine



Der Jungbrunnen von Lucas Cranach d. Ä. aus der Gemäldegalerie Berlin FOTO: WIKIPEDIA

gesunde Lebensweise ermöglicht werden sollte. Ziel sei es deswegen, in den nächsten Jahren die Mahlzeitenangebote in der Gemeinschaftsverpflegung zu verbessern. Anschließend stellte der Deutsche Turner-Bund seine breitgefächerten Programme zur Verbesserung der Gesundheitskompetenz praxisnah vor.

Mehr als 230 Teilnehmende aus den verschiedenen Handlungsfeldern der Senior*innenarbeit, aus den BAGSO-Mitgliedsverbänden und der Wissenschaft entwickelten anschließend Ideen und diskutierten die erforderlichen Rahmenbedingungen sowie Strategien für die Verbesserung der Angebote auf kommunaler Ebene in den Handlungsfeldern Ernährung, Bewegung und Gesundheitskompetenz.

DEUTSCHER SENIOR*INNENTAG IN DORTMUND

Der 12. Deutsche Senior*innentag findet vom 28. bis 30. Mai 2018 in Dortmund unter dem Motto »Brücken bauen« statt. Der Vorsitzende des Senior*innentages, Franz Müntefering, dazu in der Ankündigung: »Das Motto des 12. Deutschen Senior*innentages 2018 heißt ›Brücken bauen‹. Und auch darüber wollen wir miteinander reden und überlegen, was in diesem Sinne getan werden muss und wie wir dazu beitragen können. Denn Brücken sind wichtig. Brücken führen zueinander. Über Unterschiede hinweg: Zwischen Generationen. Zwischen Dörfern und Städten. Neuem und Altem. Einheimischen und Zuwanderern. Mutigen und Furchtsamen. Hilfebedürftigen und Hilfsbereiten.« Aus über 200 Veranstaltungen und zahlreichen Mitmach-Angeboten können die rund 15.000 erwarteten Besucher*innen aus ganz Deutschland ihre Wahl treffen. Außerdem wird in Dortmund die coolste Senior*innensportgruppe Deutschlands ausgezeichnet. Gesucht werden Menschen, die nicht nur gemeinsam sportlich aktiv sind, sondern auch Ausflüge und andere Aktivitäten planen oder die ihre Kinder und Enkel zu gemeinsamer Bewegung animieren. Aufwarten kann der Senior*innentag aber auch mit viel Prominenz: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wird am 28. Mai 2018 in der Dortmunder Westfalenhalle den 12. Deutschen Senior*innentag eröffnen. Marianne Koch – Ärztin, Buchautorin und Schauspielerin – informiert zum Thema »Gesund älter werden«. Und Henning Scherf, ehemaliger Bremer Bürgermeister, spricht zum Thema »Über die Endlichkeit sprechen und den Abschied leben lernen«. Über »Immer in Bewegung« sprechen schließlich die Goldmedaillengewinnerinnen der Olympischen Spiele von 1972 Heide Ecker-Rosendahl und Ulrike Nasse-Meyfarth.

MAN IST SO JUNG, WIE MAN SCHWITZT

Folgt man den Mediziner*innen der University of Science and Technology im norwegischen Trondheim bleiben diejenigen jung, die sich viel bewegen. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung haben die Forscher*innen mit einem mobilen Labor vor drei Jahren 5.000 Norweger*innen untersucht. Sie fanden heraus, dass Menschen, die lebenslang auf Wettbewerbsniveau Ausdauersport betreiben, biologisch betrachtet bis zu 20 Jahre jünger sein können als Gleichaltrige, die sich moderat oder gar nicht sportlich betätigen. Irgendwann hat aber alles mal ein Ende: Jeanne Calment aus Arles starb 1997 im Alter von 122 Jahren! Wieviel Sport sie getrieben hat, ist allerdings nicht bekannt. Sie hat sich aber erst mit 117 Jahren das Rauchen abgewöhnt, weil sie nichts mehr sehen konnte und Sorge hatte, ihre Wohnung anzuzünden! Wissenschaftler*innen bezeichnen sie als Ausnahme, normalerweise sei spätestens mit 115 Jahren Schluss.

»Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben«

Eine neue Broschüre der Bildungsinitiative QUEERFORMAT informiert Erzieher*innen über »Sexuelle und Geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik«

FOTO: BILDUNGSINITIATIVE QUEERFORMAT

von Caroline Muñoz del Rio

Es stellt sich heute nicht mehr die Frage, ob die Themen Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung schon in die Kita-Praxis gehören oder überhaupt mit Kindern darüber gesprochen werden darf. Schätzungen nach wachsen aktuell zwischen 20.000 und 200.000 Kinder in sogenannten Regenbogenfamilien auf. Letztes Jahr wurde die Ehe für alle eingeführt und das Bundesverfassungsgericht hat den Gesetzgeber beauftragt, einen dritten Geschlechtseintrag in der Geburtsurkunde zu schaffen. Familienformen und Lebensweisen in unserer Gesellschaft differenzieren sich aus. Wir werden immer vielfältiger und offener.

Aus dem Berliner Kita-Fördergesetz, dem Berliner Bildungsprogramm und dem Parlamentsbeschluss »Berlin tritt ein für Selbstbestimmung und Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt« ergeben sich rechtliche, fachliche und politische Aufträge für Kindertageseinrichtungen, Themen geschlechtlicher und sexueller Vielfalt aktiv in die frühkindliche pädagogische Arbeit einzubringen.

Der Umgang mit Vielfalt ist Herausforderung und Auftrag

Die 140-seitige Broschüre »Murat spielt Prinzessin, Alex hat zwei Mütter und Sophie heißt jetzt Ben. Sexuelle und Geschlechtliche Vielfalt als Themen frühkindlicher Inklusionspädagogik« liefert nun eine fundierte Materialsammlung zu dem Themenkomplex. Sie wurde von der Senatsbildungsverwaltung gefördert und von der Bildungsinitiative QUEERFORMAT erarbeitet. Die Handreichung richtet sich explizit an Pädagog*innen im Bereich der frühkindlichen Bildung und liefert ihnen viele praxisbezogene Anregungen für die alltägliche Arbeit mit Kindern und auch ihren Eltern.

Im ersten Teil der Handreichung klären Grundlagentexte wichtige Begriffe und machen deutlich, welche Relevanz die Themen sexuelle und geschlechtliche Vielfalt schon für die frühkindliche Bil-

CDU UND AFD WOLLEN BROSCHÜRE VERBIETEN

CDU und AfD machen massiv gegen die Handreichung mobil und fordern die Senatsverwaltung auf, die Herausgabe zu stoppen, da Fragen der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt ihrer Ansicht nach nicht in Kindertagesstätten gehören. Eine entsprechende Petition hat bereits über 40.000 Unterschriften. Die Kritiker*innen suggerieren dabei, dass sich die Broschüre direkt an die Kinder richtet. Thomas Kugler, Bildungsreferent und Mitautor, sagt dazu: »Es geht in der Handreichung nicht um einen sexualpädagogischen Zugang, vielmehr orientiert sie sich an gesetzlichen und fachlichen Vorgaben, die wie das Kita-Fördergesetz sexuelle Identität und Geschlecht thematisieren.«

dung haben und wie wichtig ein umfassender inklusiver Umgang mit sozialer Vielfalt in der pädagogischen Praxis ist.

Wie gehe ich damit um, dass ein Kind zwei Mütter hat oder ein Junge Mädchenkleidung tragen will? Was soll ich den Eltern sagen, die nicht wollen, dass ihr Sohn das Bilderbuch über die zwei verliebten Prinzen ansieht? Auf welche Toilette schicke ich das intergeschlechtliche Kind? Die Broschüre gibt Antworten auf offene Fragen und jede Menge Impulse für den Austausch mit Kolleg*innen zum Umgang mit Vielfalt.

Der zweite Teil bietet viele Praxishilfen, unter anderem die Checkliste »Wie vielfältig ist Ihre Kita?« und konkrete Handlungsempfehlungen, wie Geschlechter- und Familienvielfalt in der Kita unterstützt werden kann. Die Broschüre ermutigt dazu, die eigene Rolle und das eigenen Handeln zu reflektieren. Sie macht deutlich, dass persönliche Unsicherheiten und Irritationen zum Prozess der Auseinandersetzung mit Vielfalt dazu gehören. Für die Kinder seien vor allem Offenheit und Interesse im pädagogischen Kontakt sehr wichtig. Schon kleine Signale könnten eine große Bedeutung haben und es sei essentiell, den Kindern zu zeigen: »Du bist in Ordnung, wie du bist.«

Pädagog*innen benötigen Informationen über die Themen geschlechtliche und sexuelle Vielfalt. Wissen stärkt sie und unterstützt ihre Arbeit. Grundsätzlich gilt es, Kinder vor Diskriminierungen zu schützen. Pädagog*innen fungieren immer als Vorbild und sollten sehr deutlich machen, dass sie Diskriminierungen nicht akzeptieren. Vielfältige Lebensweisen sollten deswegen sichtbar gemacht werden.

Familienvielfalt sichtbar machen

Im dritten Teil der Handreichung wird der Medienkoffer »Familien und vielfältige Lebensweisen« vorgestellt, den Fachkräfte einsetzen können, um mit Kindern über Geschlechter- und Familienvielfalt zu sprechen. Neben 30 Bilderbüchern enthält der Koffer ein Familienspiel sowie Fachliteratur mit spezifischen Hintergrundinformationen. Zu allen Büchern gibt es einen Steckbrief mit kurzer Inhaltsangabe, zu den Bilderbüchern zusätzliche Anregungen für den Einsatz in der Praxis.

Die Bücher präsentieren nicht die eine »Bilderbuchfamilie«. Die Bilderbuchfamilien sind so vielfältig wie die Familien der Kinder, die die Kitas besuchen. Neben dem Thema Geschlechter- und Familienvielfalt geht es grundsätzlich ums Anderssein, um Ausgrenzung, um Behinderung, Kultur, Herkunft, Identität und Selbstbestimmung. Die Kinder können so die Vielfältigkeit der Gesellschaft kennen, akzeptieren und als Bereicherung erleben lernen.

Die Broschüre überzeugt aus Sicht der Autorin neben den umfangreichen Hintergrundinformationen und praktischen Tipps vor allem dadurch, dass sie auch die Kinder und ihre Eltern selbst in Zitaten und Interviews zu Wort kommen lässt. So berichtet eine Mutter, wie sie sich mit ihrem intergeschlechtlichen Kind unterhält: »Die meisten Menschen sind Junge oder Mädchen, du bist ein Puzzle aus beiden und kannst dir später mal aussuchen, was du sein möchtest – oder so bleiben.« Eine Erzieherin kann verunsicherte Eltern beruhigen: »Kinder, die sich als Elfe verkleiden, werden später keine Elfe werden.« Und eine weitere Mutter stellt fest: »Es ist erstaunlich, was alles möglich ist auf dieser Welt. Die Kinder haben das akzeptiert und fertig. Für die Kinder ist das viel weniger ein Problem als für die Erwachsenen.«

Die Broschüre ist für jede*n von uns empfehlenswert. Die Änderung des Blickwinkels fällt Erwachsenen meistens nicht mehr so leicht wie Kindern. Dabei kann die Broschüre behilflich sein. ■

QUEERFORMAT

Die Handreichung und der Medienkoffer zum Download auf der QUEERFORMAT Webseite: **www.queerformat.de**
Der Medienkoffer ist in zahlreichen öffentlichen Bibliotheken Berlins für vier Wochen ausleihbar. Die Druckfassung der Handreichung ist zurzeit leider vergriffen.

Caroline Muñoz del Rio, Lehrerin am OSZ KIM und verantwortliche Redakteurin der bbz

ANZEIGE

Gute Schule braucht Zeit

Die Online-Petition der GEW BERLIN zur Reduzierung der Arbeitsbelastung ist abgeschlossen. Neben den fast 10.000 Unterschriften brachte die Petition interessante Erkenntnisse

von Heike Zeisig

Nach 33 Jahren in der Berliner Schule, davon 29 in Neukölln an einer Brennpunktschule, habe ich die zunehmende Belastung direkt erlebt« – so beginnt einer der vielen Kommentare von Unterzeichner*innen unserer Online-Petition »Gute Schule braucht Zeit«. In dieser fordern wir Arbeitsentlastung sowie bessere Arbeitsbedingungen an den Berliner Schulen. Knapp 9.400 Personen, unter ihnen mehr als 7.600 Berliner*innen, haben unterschrieben. Zwei Drittel gaben an, dass sie selbst direkt betroffen sind oder in Zukunft davon betroffen sein können.

Die Kommentare der Unterzeichner*innen sprechen eine deutliche Sprache:

»Lehrkräfte haben in den letzten Jahren verstärkt Aufgaben übernehmen müssen, die ursprünglich gar nicht für den Beruf vorgesehen waren [...] Damit alle Kinder die gleichen Chancen haben, brauchen Lehrkräfte ausreichend Zeit, sich individuell kümmern zu können.«

»Ich könnte besseren Unterricht geben, wenn ich weniger Stunden unterrichten müsste.«

»Ich möchte Vollzeit arbeiten können, ohne überlastet zu sein.«

Vor allem kritisieren unsere Kolleg*innen, dass ihnen durch die zunehmenden Aufgaben im außerunterrichtlichen Bereich Zeit für die pädagogische Arbeit fehlt:

»Ich empfinde die Mehrbelastung außerhalb des Klassenzimmers als zunehmend unerträglich.«

Mitte Januar mussten die Anträge zur Bewilligung von Teilzeitbeschäftigung gestellt werden. Zahlreiche Kolleg*innen machten davon Gebrauch. Ein Teil von ihnen, um Angehörige pflegen zu können oder auch mehr Zeit für die Familie zu haben. Viele Antragsteller*innen sehen sich aber genötigt, in Teilzeit zu gehen und auf Gehalt zu verzichten, weil sie ihren Qualitätsansprüchen an den Beruf nicht gerecht werden und sie ihre Arbeit nicht mehr schaffen. Sie empfinden diese Schieflage als frustrierend:

»Laut Lohnzettel arbeite ich als Lehrkraft Teilzeit, damit ich ausreichend Zeit für Vor- und Nachbereitung des Unterrichts habe [...] Ich bin Klassenleiterin, Sicherheitsbeauftragte, Fachkonferenzleitung, Mitglied der erweiterten Schulleitung [...] Die tatsächliche Arbeitszeit hat mit Teilzeit nichts zu tun.«

*»Ich arbeite als Lehrerin an einem Berliner Gymnasium und erlebe einen fortwährenden Anstieg der Arbeitsbelastung [...] Viele meiner Kolleg*innen [...] reduzieren ihre Arbeitszeit und verzichten freiwillig auf Geld, um der Arbeitsbelastung einigermaßen Herr werden zu können, eine angemessene Unterrichtsqualität sicherstellen zu können und ihre eigene Gesundheit nicht zu gefährden.«*

Alle diese Kommentare sind eine Bestätigung dafür, dass die Forderungen, die wir in unserer Online-Petition erhoben haben, begründet und berechtigt sind. Bisher gab es von Seiten der Senatsbildungsverwaltung keine Reaktion. Briefe, die wir zur Thematik Arbeitszeit und Arbeitsbelastung an Senatorin Sandra Scheeres richteten, sind bis heute unbeantwortet. So ist es auch nicht verwunderlich, dass einer der Unterzeichner zu folgendem Schluss kommt:

»Ich habe den Eindruck, dass die Senatsverwaltung gar nicht wissen will, wie viel Lehrer außerhalb des Unterrichts so arbeiten [...] Das ärgert mich sehr [...] Ich wünsche mir eine größere Wertschätzung der wichtigen außerunterrichtlichen Aufgaben der Lehrer«

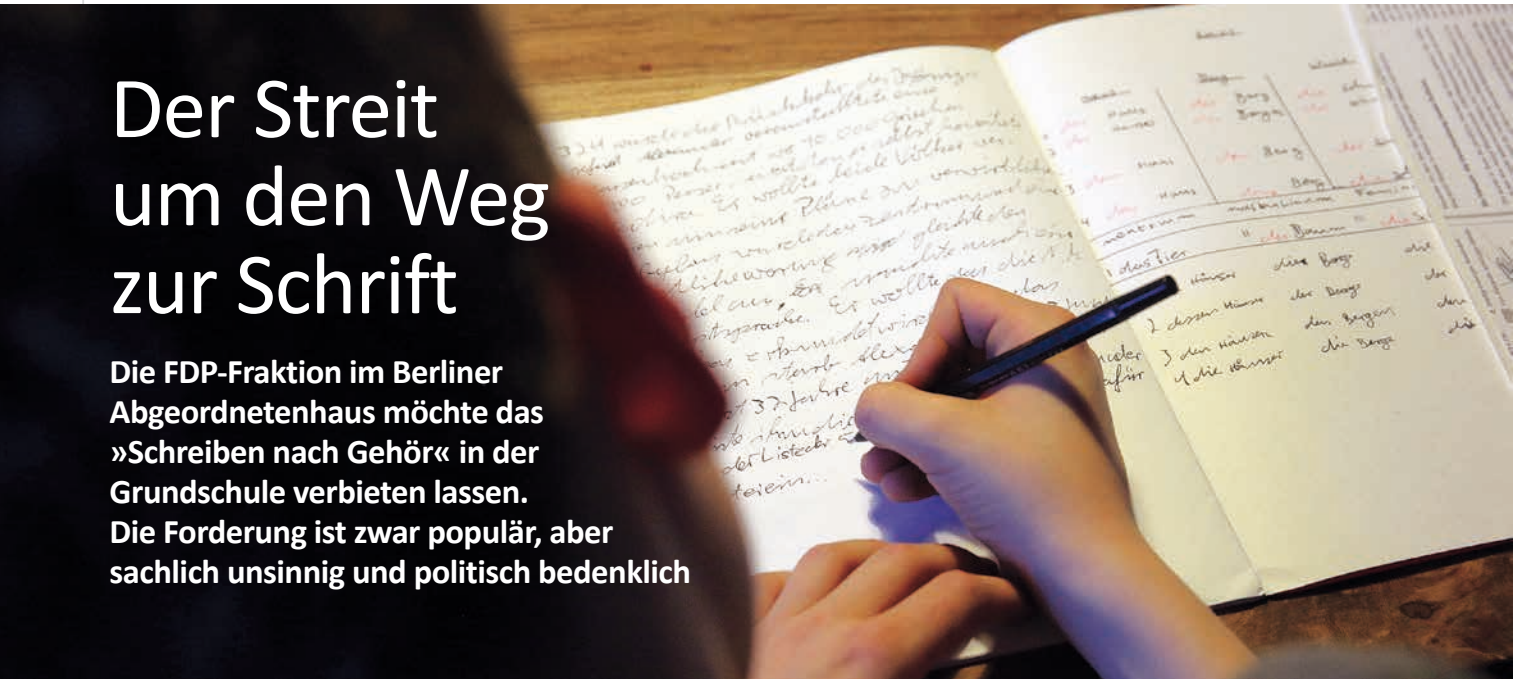
Ebenso deutlich positionieren sich künftige Berufsanfänger*innen mit ihren Kommentaren, die für sich gesehen, keine Werbung für eine Tätigkeit in der Berliner Schule sind:

»Ich studiere auf Lehramt und weiß jetzt schon, dass ich hier in Berlin in der aktuellen Situation nicht Lehrerin sein möchte [...] Ich möchte sinnvolle Bildungsarbeit leisten, die Schule sehe ich gerade als einen Ort, der das strukturell verhindert. Ich gebe mich nicht dafür her, die Versäumnisse der Senatsverwaltung abzufedern und meine Gesundheit dabei aufs Spiel zu setzen [...] Zeit etwas zu ändern!«

Bestärkt durch die zahlreichen Kommentare nehmen wir die Ergebnisse unserer Online-Petition mit in die nächsten Gespräche mit den politisch Verantwortlichen. Wir werden weiterhin mit Nachdruck auf notwendige Entlastungen für alle im Team Schule Beschäftigten drängen.

Alle Kommentare nachzulesen gibt es auf der Petitionsseite. Verlinkt über www.gew-berlin.de/arbeitszeit.php

Heike Zeisig, Leiterin des Vorstandsbereichs Beamten-, Angestellten- und Tarifpolitik



Der Streit um den Weg zur Schrift

Die FDP-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möchte das »Schreiben nach Gehör« in der Grundschule verbieten lassen. Die Forderung ist zwar populär, aber sachlich unsinnig und politisch bedenklich

von Jörg Ramseger

Niemand kann angesichts des schlechten Abschneidens der Berliner Schülerinnen und Schüler bei den Bildungstrends des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) gelassen und untätig bleiben. Die Befunde fordern zu einer entschiedenen Qualitätsverbesserung des Unterrichts in den Berliner Schulen auf. Allerdings müsste wohl einer amtlich verordneten Therapie erst einmal eine solide Diagnose vorausgehen. Die IQB-Leistungsstudien und auch die VERA-Testergebnisse sagen aber überhaupt nichts darüber aus, nach welcher Methode und in welcher Form der konkrete Schreibunterricht an den Berliner Schulen stattfindet. Eine Methode »Schreiben nach Gehör« gibt es entgegen anders lautender Behauptungen zumindest nicht. Es gibt höchstens eine Methode »Lesen durch Schreiben«, was etwas völlig anderes ist. Es ist auch gar nicht bekannt, wie viele Lehrkräfte denn »Lesen durch Schreiben« überhaupt und in welcher Form praktizieren. Da gibt es eine riesige Bandbreite möglicher sinnvoller und gänzlich unverantwortlicher Praxisformen.

Tatsächlich ist »Schreiben nach Gehör« eine Entwicklungsstufe im Schreiblernprozess, die man auf dem Weg der Aneignung der Schriftsprache gar nicht auslassen kann. Jedes Kind muss nämlich zur Ausbildung einer alphabetischen Strategie irgendwann einmal anfangen, erste eigene Schreibversuche zu unternehmen, und dabei orientiert es sich logischerweise am Klangbild des gesprochenen Wortes. Wer nicht »nach Gehör« schreiben gelernt hat, könnte sich später im Leben nicht einmal einen Namen am Telefon notieren, dessen Schreibweise nicht schon bekannt ist.

Erste, zunächst natürlich noch fehlerhafte Schreibversuche nach dem Klangbild der Worte sind mithin eine völlig normale Entwicklungsstufe auf dem Weg in die Schrift, die bei einem sachkundig angelegten (Recht-)Schreibunterricht zu individuell unterschiedlichen Zeitpunkten überwunden wird – sofern die Schreibversuche der Kinder nicht gleich abgewertet, sondern mit den orthografisch korrekten Schreibweisen der »Erwachsenenschrift« konfrontiert werden. Wer etwas anderes behauptet, verkennt die Entwicklungsstufen, die Kinder auf dem Weg in die Schrift regelhaft durchlaufen müssen.

Nur in autoritären Staaten denkbar

Wer »Schreiben nach Gehör« verbieten will, muss mithin die Rückfrage beantworten: Wie sollen Kinder bei ihren ersten autonomen Schreibversuchen eigentlich sonst schreiben lernen, wenn nicht nach Gehör? Würden sie bereits im ersten Schuljahr über ein ausgebildetes orthografisches Regelbewusstsein verfügen, bräuchten sie ja gar keinen Schulunterricht. Wichtig ist allerdings die Kompetenz der solide ausgebildeten Lehrkraft, den Schülerinnen und Schülern zum jeweils individuell richtigen Zeitpunkt auch orthografische Kenntnisse beizubringen, und sicher nicht erst im dritten Schuljahr, sondern von Anfang an und dann schrittweise.

»Lesen durch Schreiben« ist übrigens eine seit über 90 Jahren bewährte Form des Einstiegs in den Schreibunterricht. Sie wurde im Jahr 1926 von dem französischen Schulreformer Célestin Freinet entwickelt und hunderttausende Kinder haben nach dieser Methode einwandfrei Lesen und Schreiben gelernt. Freinet hat die nach dem Klangbild entworfenen freien Texte der Erstklässler*innen nie zensiert, sondern zunächst inhaltlich gewürdigt und anerkannt. Dann aber hat er auch bald die richtige Schreibung, die »Erwachsenenschrift«, hinzugefügt und bei einer Publikation der Kindertexte darauf geachtet, dass die Texte orthografisch richtig geschrieben werden.

Im Übrigen gilt, dass Methodenverbote in der Pädagogik durch die Politik eigentlich nur in autoritären Staaten denkbar sind. In einem freiheitlichen Staat haben Politikerinnen und Politiker über die fachlich angemessenen Methoden in der Pädagogik genauso wenig zu entscheiden wie in der Medizin. Was fachlich angemessen und fachlich unverantwortbar ist, entscheidet ausschließlich die »scientific community« – mit ihrem Sachverstand!

Jörg Ramseger, bis zu seiner Pensionierung Hochschullehrer und Leiter der Arbeitsstelle Bildungsforschung Primarstufe an der Freien Universität Berlin

FOTO: GEW

Nicht nur leise Sohlen

...tragen zu einer Lärmreduzierung in den Schulen bei. Vor allem bauliche Veränderungen und pädagogische Konzepte sind notwendig, um die Gesundheit der Menschen zu erhalten

von Ulrich Meuel und Klaus Will

Schulstress ist häufig die Ursache von Krankheiten und zumeist eine Folge der schlechten Raumakustik in Schulräumen. Viele Lehrer*innen klagen über die Lärmbelastung in der Schule. Fast immer sind Hörsturz oder Tinnitus eine Folge der Schulsituation.

In Schulen herrscht ein Lärmpegel mittlerer Intensität vor, der zwar nicht gehörschädigend ist, sich aber negativ auf den gesamten Organismus auswirkt (60-85 dB). Er führt dazu, dass der Blutdruck steigt, die Herzfrequenz beschleunigt wird, insgesamt mit Stress reagiert wird. Auffällig ist, dass der Lärmpegel selbst bei der Stillarbeit während eines Schultags signifikant ansteigt. Konzentrationsstörungen und Stress nehmen zu. Entscheidend ist dabei die Nachhallzeit im Klassenraum. Der Nachhall, also das Zurückwerfen des Schalls von den Raumoberflächen, steigert den Lärmpegel und wirkt sich negativ auf die Verständlichkeit aus, was die Beteiligten wiederum mit erhöhter Lautstärke auszugleichen versuchen.

Der Akustiker Professor Tiesler vom Institut für interdisziplinäre Schulforschung Bremen hat in einer Untersuchung den Unterricht in akustiksanierten mit dem in unsanierten Räumen verglichen. Bei der Sanierung wurde die vorhandene Nachhallzeit von bis zu 2 Sekunden auf 0,5 Sekunden begrenzt. Akustiker hatten eine Lärmminderung von 6 dB berechnet, tatsächlich wurden es 13 dB weniger. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Schüler*innen bei der Arbeit in sanierten Räumen auch leiser sprechen. Gleichzeitig wurde die Herzfrequenz der beteiligten Lehrer*innen gemessen, die durchschnittlich um zehn Schläge pro Minute in den sanierten Räumen sank. Ein deutlicher Hinweis auf eine effektive Stressminderung.

Es geht auch ruhiger

Wir besuchen eine Schule, die offensiv gegen die Lärmbelastung vorgeht. Es ist die Nürtingen-Grundschule in Kreuzberg. Mit deren Leiter Markus Schega sowie mit Susanne Wagner vom Architekturbüro »Bauereignis« und mit dem Akustiker Tobias Kirchner machen wir eine Begehung. Kirchner weist auf einige positive Entwicklungen der letzten Jahre hin. So gibt es inzwischen DIN-Normen, die auch raumakustische Empfehlungen für Schulflure explizit aufführen. »Wenn die Flure als Aufenthaltsräume oder Arbeitsräume mitgenutzt werden, dann muss man beachten, dass unzureichende Akustikmaßnahmen die Schüler*innen zusätzlich stressen«, sagt der Fachmann.

Schega geht auf die pädagogische Bedeutung der Maßnahmen ein. »Den Lärm im Flur kann man nur durch akustische Sanierung reduzieren – wenn man nicht die lärmenden Kinder zur absoluten Ruhe verdonnern und ihnen den Aufenthalt im Flur verbieten will. Aber die Technik unterstützt die Pädagogik nur, sie kann sie nicht ersetzen«. Inzwischen ist an dieser Schule die akustische Situation so gut, dass die Schule auch Schüler*innen mit dem Förderschwerpunkt Hören und Kommunikation aufnehmen kann.

Physikalisch unterstützte Pädagogik

Die physikalischen Maßnahmen waren nicht einfach umzusetzen und mussten mit dem Denkmalschutz abgestimmt werden. Gerade alte Schulen haben sehr hohe Räume und damit ein großes Volumen, entsprechend schwierig ist hier die Raumakustik. Die DIN-Normen gelten bei den neuen Schulen uneingeschränkt, bei Bestandsbauten jedoch nicht zwingend. Aber, eine akustische Behandlung ist notwendig, da die großen Flure oft als Aufenthalts- oder Arbeitsraum genutzt werden.

Die akustische Sanierung ist ein entscheidender Beitrag zum Gesundheitsmanagement und verbessert gleichzeitig die Lernbedingungen der Schüler*innen. Schega sieht einen engen Zusammenhang mit der Verbesserung des Lernklimas der Schule und schreibt in einem Bericht, dass die bessere Hörsamkeit die Sprachbildung insbesondere der Schüler*innen nichtdeutscher Herkunftssprache unterstützt, sich die Leistungen bei den VERA-Vergleichsarbeiten verbessern, die ehemaligen Verkehrswege jetzt pädagogische Räume sind.

Eine akustisch sanierte Schule verbessert den Unterricht und auch die Gesundheit der Lehrkräfte. Dabei darf man sich aber nicht nur auf technische Maßnahmen verlassen, sondern muss pädagogische Konzepte für eine ruhige Schule mit entwickeln. Die Nürtingen-Grundschule in Kreuzberg ist da vorbildlich. ■

Das Gutachten haben wir in der Online-Version dieser Ausgabe verlinkt: www.gew-berlin/bbz

FOTO: ULRICH MEUEL

Ulrich Meuel, ehemaliger stellvertretender Schulleiter der Fritz-Karsen-Schule und Klaus Will, ehemaliger geschäftsführender Redakteur der bbz

Politik für alle

Seit 2010 hat sich eine Schüler*inneninitiative für ein eigenständiges Schulfach Politik eingesetzt. Nun haben sie ihr Ziel erreicht

von Franz Kloth

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen ist es gar nicht von der Hand zu weisen: Wir brauchen politische Bildung als Schulfach. Die Extremismusbereitschaft unter Jugendlichen kann nur dadurch gesenkt werden, dass Schülerinnen und Schüler sich mehr und differenzierter mit Politik beschäftigen, und zwar nicht nur in der gymnasialen Oberstufe. Auch Schüler*innen der Sekundarstufe I, die die Schule vielleicht nicht bis zum Abitur besuchen, sollte das Privileg politischer Bildung zuteilwerden. Politik darf kein Elitenfach sein.

Die Verkündung der Einführung des Faches Politische Bildung am 24. Januar war also ein Meilenstein. Bereits im Schuljahr 2018/19 soll das Fach endlich eine eigene Zeugnisnote bekommen. Dieser Erfolg geht auf eine Initiative des Landesschülerausschusses (LSA) von vor neun Jahren (!) zurück.

Die Vorteile eines eigenständigen Fachs Politik sind zahlreich: Endlich können Politiklehrer*innen das Fach unterrichten, das sie studiert haben. Sie können in eigenen Fachkonferenzen Forderungen nach Mitteln aus dem Schuletat stellen. Im Vorbereitungsdienst (Referendariat) werden Politiklehrkräfte nicht mehr mit und von Geschichtslehrenden ausgebildet, sondern von Politiklehrer*innen. Verbände der außerschulischen politischen Bildung finden bei den Politiklehrkräften endlich konkrete Adressen für Kooperationen. Bisher war das immer vom Wohlwollen der Klassenleitungen abhängig. Und mit den Lehrer*‘innen eines eigenständigen Politik-Fachs gibt es endlich richtige »Hauptverantwortliche« für Demokratieerziehung an jeder Schule. Wenn es keine*n Hauptverantwortliche*n gibt, macht es keine*r. Außerdem könnten Politikunterricht und Politiklehrer*innen zur Keimzelle für eine gestärkte Schüler*innenvertretungs-Arbeit werden.

In der vorgestellten Lösung gibt es keinen Aufwuchs der Stundentafel und somit keine Mehrbelastung der Beteiligten. Die Stunde für politische Bildung wird je nach Interesse der Schule mit Profilstunden oder Lösungen innerhalb des aktuellen Stundenhaushalts der Gesellschaftswissenschaften (GeWi) abgedeckt. Hierfür haben wir uns als Landesschülerausschuss eingesetzt.

Die Kontingentlösung sieht vor, dass die aktuell in GeWi zusammengefassten Fächer Erdkunde, Philosophie und Sozialkunde in der Integrierten Sekundarstufe (ISS) und das Fach Geschichte/Politische Bildung am Gymnasium aufgelöst werden sollen. Stattdessen müssen die Fächer in jedem Jahrgang einzeln unterrichtet und mit Zeugnisnoten ausgewiesen werden. Die Lernbereiche wurden bisher besonders vom stärkeren Bereich Geschichte dominiert. Geografie und besonders Politische Bildung fielen dabei herunter.

Nun können wir uns gemeinsam lieber dem Grundproblem zuwenden. Egal, wie wir die Stunden verteilen: Das Grundproblem bleiben die fehlenden Lehrkräfte. Das Streiten um Stundentafeln übersieht, dass die Schulen miserabel ausgerüstet sind. Erst wenn genügend Lehrkräfte da sind, bringen uns feste Lösungen überhaupt etwas.

Daher halten wir es beim LSA für sehr pragmatisch, dass die Verwaltung mit uns nun das Kontingent formuliert hat, in dem die Schulen demokratisch, das heißt unter Einbeziehung der Lehrkräfte-, Eltern- und Schüler*innenvertretung, über die individuelle Ausgestaltung abstimmen können. Es soll Maximal- und Minimalstundenzahlen geben, mit denen die Fächer je nach Fachbereichsstärke unterschiedlich intensiv unterrichtet werden können. Der LSA setzt sich dafür ein, dass diese Werte nicht zu große Spannweiten erlauben, sodass die Fächer möglichst gleich stark unterrichtet werden.

Die politischen Verhandlungen der Fachverbände der Lehrkräfte mit der Senatsverwaltung waren für uns Schüler*innen teilweise nicht transparent genug. Kindische Machtspiele und irrsinnig aufwendige Reihen von Pressemitteilungen ersetzten weitere offene und ehrliche Gesprächsrunden aller Beteiligten. Wir möchten deshalb künftig den direkten Dialog und häufigere gemeinsame Verhandlungen von Schüler*innen und Lehrkräften mit der Senatsverwaltung – und der GEW – forcieren. ■

*Franz Kloth, Schüler der Evangelischen Schule Köpenick und Sprecher der Schüler*inneninitiative »Politik als Schulfach«*

FOTOS: PRIVAT

Der Ärger ist vorprogrammiert

Das Modell der Senatsbildungsverwaltung für ein eigenständiges Fach Politik geht auf Kosten der Fächer Geschichte, Geographie und Ethik

von Gerhard Weil

Es begann mit dem Landesschülerausschuss: Schon seit mehreren Jahren verlangten Berlins Schüler*innen Politik als benotetes Schulfach statt der häufig nicht mehr auffindbaren Anteile Sozialkunde im Geschichtsunterricht. Eine Erhöhung der Stundentafel wurde aber gleichzeitig auch von diesem Gremium wegen der durch Schulzeitverkürzung erhöhten Wochenstunden abgelehnt. Der berechtigte Wunsch der Schüler*innen fand schließlich Eingang in das Koalitionsabkommen des rot-rot-grünen Berliner Senats. Dazu hieß es in einer GEW-Presseerklärung im Mai 2017: »Die Stärkung der politischen Bildung in der Schule ist ein berechtigtes Anliegen, das wir ausdrücklich unterstützen. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Einführung eines neuen Schulfaches der richtige Weg ist«, sagte der Vorsitzende der GEW BERLIN, Tom Erdmann.

Erdmann sah die Gefahr einer weiteren Zerstückelung der Stundentafel. »Viele kleine Fächer mit wenigen Stunden fördern nur Schubladendenken, statt vernetztem Lernen. Dies ist nicht zeitgemäß und steht auch im Gegensatz zum aktuellen Rahmenlehrplan, der fächerverbindendes und fächerübergreifendes Lernen vorsieht«. Nach Einschätzung der GEW BERLIN sollte der erste Schritt zur Stärkung der politischen Bildung in einer breiten Diskussion über eine zeitgemäße gesellschaftswissenschaftliche Bildung liegen, bei der alle Betroffenen einbezogen werden.

Die Arena um den Stundenkampf ist eröffnet

Genau diese breite Diskussion erstarrte, als im Juni 2017 die Schüler*innen nach der Beratung durch die Bildungsverwaltung den Fachverbänden von Politik, Geschichte, Geographie, Ethik und Philosophie sowie dem Bündnis Pro Ethik vier »Lösungsvorschläge« mit einer Extrastunde Politik vorlegten, die alle eine Stundenkürzung beim Ethikunterricht vorsahen. Alle Fachverbände wandten sich gegen eine solche »Kannibalisierung« der sogenannten GeWi-Fächer und forderten eine Zusatzstunde; kurz darauf auch in Form einer Petition an die Bildungssenatorin.

Ihr Staatssekretär Mark Rackles lenkte bei einer Sitzung im Oktober 2017 zwischenzeitlich ein und erklärte, dass »eine Kürzung des Faches Ethik nicht zur Debatte steht«. Vielmehr werde geprüft, wie in der Sekundarstufe »Profilstunden zur Umverteilung« herangezogen werden könnten und ob eine Kontingentlösung mit wechselnder Stundenzahl in den Jahrgängen sinnvoll sei. Darauf wandten sich im Januar 2018 alle Fachverbände außer dem für Politik in einem Brief gegen die Kontingentlösung als Bildungsföderalismus auf Schulebene.

Genau so kam es dann aber trotzdem. Nach der Beratung mit der Vereinigung der Oberstudiendirektor*innen , die die Nutzung von Profilstunden und eine Stundenerhöhung kategorisch ablehnte, stellte Senatorin Scheeres im Beisein der Schüler*innenvertetung aber ohne die Fachverbände der Presse ihr Modell vor. Dieses sieht verbindlich die eine Stunde Politik als ausgewiesene Zeugnisnote und die Kontingentlösung vor. Die Schulkonferenzen sollen nun über eine notwendige Kürzung bei Geschichte, Geographie oder Ethik entscheiden. Dabei ist nur Ethik zweistündig und den Schulen wird mit einem wahren »Akt der Demokratie« der schwarze Peter zugeschoben zu entscheiden, welches Fach die Politikstundenanteile »finanzieren« soll.

Es dürfte klar sein, dass die Alternative, Geschichte oder Erdkunde zeitweise gar nicht im Unterricht anzubieten, unpassender erscheint, als die entsprechende zeitweilige Kürzung des zweistündigen Ethikunterrichts um eine Stunde. Dies kann auch als suggestives Angebot mit dem Minimum drei Stunden und dem Maximum vier Stunden für Ethik innerhalb der neuen Tafel für die Kontingentlösung deutlich entnommen werden. Die zu Recht geforderte bessere Zusammenarbeit der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer wird bestimmt entscheidend gefördert, wenn sich in den zuständigen Schulgremien die Fachvertreter*innen wie Gladiator*innen in der Arena zunächst wegen der Stundenzahl bekämpfen, bis einer blutig aus dem Ring gezogen worden ist.

»Eine Schwächung anderer gesellschaftswissenschaftlicher Fächer wäre fatal. Es braucht hier keinen politischen Aktionismus, sondern gut überlegtes Handeln mit Konzept«, bekräftigte Tom Erdmann im letzten Mai. Das ist bei diesem vorgestellten Schelmenstreich leider nicht ansatzweise zu erkennen. Die Fachverbände forderten demzufolge in einer Stellungnahme dass die »Stärkung der GeWi-Fächer aus den Profilstunden zu realisieren« sei und dass »das durch den Volksentscheid am 26. April 2009 demokratisch bestätigte Fach Ethik« quantitativ nicht anzutasten wäre. Die GEW BERLIN sollte sich deshalb für die langfristige Erhöhung des Stundenkontingent für den GeWi-Bereich ohne das Ausspielen der Fächer gegeneinander einsetzen. ■

Gerhard Weil, Mitglied des Landesausschuss Migration und Diversität und Sprecher des Bündnis Pro Ethik

DIE SCHULE DER GLEICHHEIT

Ein Plädoyer für eine Schule im Sinne der Aufklärung

von Naïla Chikhi

Bis zu meinem 15. Lebensjahr lebte ich in Algerien in einem Land, in dem eine Staatsreligion gesetzlich festgelegt war. Eine Religion, die fast alle Bereiche der Gesellschaft regelte, wie zum Beispiel das Familienrecht von Eheschließung und Scheidung bis zur Erbschaft. Aber auch das Bildungssystem unterlag einem starken Einfluss der religiösen Autoritäten. Als ich mit meiner Familie nach Deutschland kam, war es uns besonders wichtig, in einem Land angekommen zu sein, in dem jede*r frei seine Religion ausüben kann, aber in dem jede*r auch frei von Religionen leben darf. In einem Land, in dem die Werte der Aufklärung sowie die Verankerung der Menschenrechte in vielen Lebensbereichen Bürger*innen darin bestärken, sich von unterschiedlichen Diktaten, seien sie religiös, patriarchalisch oder ideologisch, zu befreien.

Nicht zuletzt deshalb zog es mich nach meinem Studium nach Berlin: Hier gilt das Neutralitätsgesetz. Hier haben Schüler*innen die Chance, sich unabhängig von Herkunft, Kultur und Konfession frei zu entfalten. Hier können sie Wissen ohne religiöse oder ideologische Beeinflussung erwerben. Hier haben sie die Möglichkeit, eine individuelle Identität zu entwickeln und sich nicht nur vorrangig als Mitglied einer sozialen Gruppe zu fühlen und so angesehen zu werden.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass ich mit tiefer Irritation die jüngsten Bestrebungen wahrnehme, das Neutralitätsgesetz in Berlin aufzuweichen oder gar abzuschaffen. Während die Diskussion sich hauptsächlich um die Religionsfreiheit der Lehrer*innen dreht, sollten viel stärker die Auswirkungen auf die Schüler*innen in den Fokus gerückt werden. Welchen Einfluss haben von Bezugspersonen offen zur Schau getragene religiöse Symbole wie Kippa, Kreuz oder Kopftuch auf Kinder?

Positive und negative Religionsfreiheit wurde geschaffen, um Andersgläubige und Nichtgläubige vor dominierenden Religionen zu schützen. Werden Schüler*innen während des Unterrichts stets mit demonstrativ ausgestellten Glaubenssymbolen wie etwa einem Kreuz konfrontiert, wird ihre »negative Religionsfreiheit« beschnitten, also das Recht frei von Religion zu leben. Die andauernde Anwesenheit von religiösen Symbolen prägt und hinterlässt Spuren, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen. Die Symbolsprache ist eine starke Sprache. Die Schule sollte aber im Sinne der Aufklärung ein Ort sein, an dem Kinder und Heranwachsende zuerst ihr Recht auf Freiheit und individuelle Entfaltung in vollen Zügen genießen können. Sie stellt einen Schutzraum dar, in dem vielfältiges Wissen er-

»Die andauernde Anwesenheit von religiösen Symbolen prägt und hinterlässt Spuren«

FOTO: IMAGO/ARNULF HETTRICH

worben wird: Hier sollen sie auch lernen, kritisch zu denken, dogmatische oder ideologische Beeinflussungen zu erkennen und sich davon zu distanzieren.

Darüber hinaus betonen demonstrative Symbole die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gesellschaftsgruppe und können als eine demonstrative Abgrenzung von der Gesamtgesellschaft funktionalisiert werden – ein Phänomen, das Kindern nicht verborgen bleibt. Diese häufig unausgesprochenen Botschaften können bei ihnen regelrechte Tiefenwirkungen auslösen: Das ständige Empfinden, sich von anderen zu unterscheiden, fördert nicht das Gemeinschaftsgefühl.

Die islamische Verschleierung der Frau birgt allerdings noch eine weitere spezifische Problematik. Sie gewährt dem fundamentalistischen Patriachat unter dem Deckmantel der Religion offenen Einzug in die Schulen. Welches Bild der Frau wird vermittelt, wenn geschlechtsspezifische religiöse Verhüllungsvorschriften bei Amtsträgerinnen, aber auch bei Schülerinnen zugelassen werden? Wenn Lehrerinnen sich in ihrer Vorbildfunktion »züchtig« zu bedecken haben, um nicht sexuelle Instinkte des Mannes zu wecken? Wie will eine kopftuchtragende Lehrerin die Begriffe Selbstbestimmung und Emanzipation von einem religiösen, moralischen oder männlichen Diktat einem jungen Mädchen kohärent erklären?

Und wo bleiben Differenz und Vielfalt, die den Kindern näher gebracht werden sollen, wenn es um die muslimischen Frauen geht? Viele muslimische Mädchen sind heute nicht nur in ihrer Familie und Community einer starken »Kopftuch-Propaganda« ausgesetzt. Auch in den Medien, selbst in Kindersendungen, scheint es nur noch verschleierte Musliminnen zu geben, als existierten nicht Millionen, die kein Kopftuch tragen. Von der Kopftuch-Barbie bis zu Islamic-Fashion scheint nichts unversucht zu bleiben, das machtvolle patriarchale Symbol gesellschaftsfähig zu machen.

Wo sollen dann Mädchen ein anderes Frauenbild erlernen, wenn nicht in einer Schule mit neutralen Lehrkräften? Das Neutralitätsgesetz ist kein anti-islamisches Gesetz. Es sind aber fast ausschließlich angehende Lehrerinnen mit Kopftuch, die auf das Zurschaustellen ihrer Religion beharren. Hier konkurrieren in der Tat das Recht der Religionsausübung und das Recht auf freie Berufswahl. Allerdings sollte den Anwärterinnen schon vor Beginn ihres Studiums, spätestens im Referendariat, bekannt sein, dass in Berlin ein Neutralitätsgesetz existiert. Wenn die Vertreterinnen konservativer Strömungen wegen religiösen Geboten trotzdem Sonderrechte fordern, ist es berechtigt, ihre Neutralität im Klassenzimmer zu bezweifeln und sich zu fragen, ob unterschwellig nicht auch Missionierung eine Rolle spielen könnte.

Nicht zuletzt deshalb muss die Schule weiterhin ein Ort der Inklusion bleiben: Es gilt, das zu kultivieren was verbindet, anstatt auf das zu setzen was unterscheidet. Wirkliche Offenheit und Akzeptanz – nicht nur Toleranz – werden durch Aufklärung und das Prinzip der Gleichheit gefördert und nicht durch die Betonung religiöser Zugehörigkeit. Demonstrative Symbole verstärken stereotypisches Denken und Vorurteile. Sie können schnell unbegründete Ressentiments erzeugen. Das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben ist ein bedeutendes Ziel des Neutralitätsgesetzes. Religiöse und weltanschaulich motivierte Konflikte und Übergriffe, wie zum Beispiel auf jüdische Kinder, die nicht selten besonderen Repressalien ausgesetzt sind, werden durch die Neutralität des Lehrpersonals von vorneherein eingedämmt.

»Viele muslimische Mädchen sind heute nicht nur in ihrer Familie und Community einer starken ›Kopftuch-Propaganda‹ ausgesetzt«

Gemeinsam Menschenrechte und demokratische Prinzipen zu erlernen und auszuüben, darin besteht eine Hauptaufgabe der Schule. Die Kinder sollen darin gestärkt werden, Gleiche unter Gleichen zu sein, Bürger*innen einer Gesamtgesellschaft und nicht Zugehörige einer Religion oder eines Geschlechts. Nach dem Verständnis der freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik ist die Schule als ein Ort zu begreifen, in dem man als Lehrende allen Kindern und Jugendlichen gleichermaßen Zugang zu Denkwelten, Handlungsoptionen und damit Identifikation außerhalb des Familienlebens ermöglicht. Das Neutralitätsgesetz hilft bei der schwierigen Aufgabe des Lehrpersonals, Religionen und Weltanschauungen mit innerem Abstand zu begegnen.

Die Errungenschaften wie Säkularismus und Gleichberechtigung der Geschlechter abzuschaffen, kann nicht die Lösung unserer Probleme sein. Viele Menschen fliehen vor einer religiösen, ideologischen oder patriarchalen Dominanz zu uns. Nicht selten haben geflüchtete Kinder und ihre Eltern religiöse geprägte Anfeindungen erfahren. So können demonstrative Glaubenssymbole in Schulen Bedrohungsgefühle bei ihnen hervorrufen. Vor allem für geflüchtete Kinder ist es wichtig, in Deutschland unabhängig von ihrer Konfession, Herkunft oder ethnischen Zugehörigkeit ausgebildet zu werden. Insbesondere Mädchen sollen in den Schulen neue Erziehungsmuster frei von dogmatischen, diskriminierenden Weltanschauungen erfahren, so wie ich es in meinen letzten Schuljahren erleben durfte. ■

Naïla Chikhi, Referentin für Flucht und Frauenrechte bei der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES e.V.

ANZEIGE

Magdeburg hieß früher Madagaskar

URAUFFÜHRUNG

Für Menschen ab 6 Jahren

von Zoran Drvenkar

»Magdeburg hieß früher Madagaskar« behandelt das komplexe Feld familiärer Spannungen, ohne dabei in Schuldzuweisungen zu verfallen.

Termine: grips-theater.de

GRIPS

GRIPS PODEWIL 030 – 39 74 74 - 77

GRIPS Podewil | Klosterstraße 68 | 10179 Berlin
U2 Klosterstraße | S+U Jannowitzbrücke | S+U Alexanderplatz

Wie alles begann

Wie sah das Leben von Migrant*innen in den 1960er und 70er Jahren aus? Die Ethnologin und ehemalige Lehrerin Evelin Lubig-Fohsel berichtet über eine Einwanderungsgeschichte, die zunehmende Veränderungen erfahren hat und viele Facetten aufweist

Das Interview führte Ayfer Sever

*Frau Lubig-Fohsel, Sie haben über 40 Jahre lang zu Themen wie »Schüler*innen mit Migrationshintergrund« und »Bildungseinrichtungen in der Migrationsgesellschaft« als Lehrerin und als Fortbildnerin gearbeitet. Was hat Ihr Interesse geweckt?*

Lubig-Fohsel: Mein Start als Lehrerin begann 1969 an einer Weddinger Grundschule. Das Quartier in der Putbusser Straße war als Sanierungsgebiet ausgewiesen. Die deutschen Familien verließen die Region und in die heruntergekommenen Häuser zogen bis zum Abriss oder bis zur Sanierung türkische Arbeitsmigrant*innen mit ihren Familien. Bei meinen Hausbesuchen erlebte ich Verhältnisse, wie ich sie bisher nur aus den Beschreibungen aus der Zeit Anfang des 20. Jahrhunderts kannte: sechs- bis siebenköpfige Familien in Zweizimmerwohnungen, kein Bad, eine Toilette auf halber Treppe, Höfe – eigentlich eher Lichtschächte – in denen Kinder neben den Mülltonnen spielten, Enge, keine Sonne und Ratten.

Wie hat sich die Situation konkret in der Schule ausgedrückt?

Lubig-Fohsel: In der Schule machte sich der demografische Wandel unmittelbar bemerkbar. Deutsche Kinder verließen die Schule, türkische Kinder rückten nach. Das Kollegium war auf diese Situation nicht vorbereitet, war weitgehend überfordert und improvisierte. Als die Situation eskalierte, wurden die Kinder mit geringen oder ohne Deutschkenntnisse aussortiert und, wie in anderen Bezirken auch, in »Ausländerregelklassen« zusammengefasst.

Konnten Sie im Kollegium die Probleme ansprechen?

Lubig-Fohsel: Die Kommentare lauteten überwiegend in diesem Sinne: »In Anatolien leben sie in Lehmhütten, da geht es ihnen hier doch gut« oder »Die gehen wieder zurück in die Türkei, was soll der Aufwand?«.

Stand Ihnen außerschulische Hilfe bei Ihrer Arbeit zur Verfügung?

Lubig-Fohsel: Es gab eine Initiative engagierter Sozialpädagog*innen, die in einem Abrisshaus die Sozialeinrichtung »Putte« (von Putbusser Straße abgeleitet), gründeten. Ihre Arbeit schien ein zukunftsweisender Weg zu sein, mit den bestehenden Herausforderungen umzugehen. Sie organisierten Sprachangebote, Schularbeitshilfen, Ausflüge und ähnliches.

»Der sogenannte Migrationshintergrund wird als Argument für schulisches Scheitern instrumentalisiert und die sozioökonomische Lage ausgeblendet.«

Doch die Vorschläge, die ich aus dieser Kooperation in der Schule einbrachte, wurden durchweg abgewiesen. Mir wurde von meinem Schulleiter vorgeworfen, ich würde den Ruf der Schule und den »Beamtenethos« schädigen. Er drohte mir mit einem Dienstaufsichtsverfahren, wenn ich weiter mit sozialen Randgruppen zusammenarbeiten würde.

Wie hat die Bildungspolitik auf die Situation reagiert?

Lubig-Fohsel: Es wurden keine wirkungsvollen und nachhaltigen Konzepte entwickelt. Statt zu überlegen, wie mit der zunehmend heterogenen Schülerschaft umzugehen ist, wurden Schubladen geöffnet. Neben der »Ausländerregelklasse« gab es die Förderklasse für die Kinder der Spätaussiedler*innen. Die vor allem durch den Familiennachzug immigrierten Schüler*innen wurden in der Grundschule in Vorbereitungsklassen und in der Sekundarschule in Eingliederungslehrgängen (EGL) untergebracht. Ihr Weg mündete oft nicht in der deutschen Regelklasse, sondern in der »Ausländerregelklasse«. Es wurde sortiert, statt zu integrieren.

Welche Konsequenzen hat das für die heutige Situation?

Lubig-Fohsel: Die Kinder von damals sind die Eltern oder auch schon die Großeltern der heutigen Schüler*innengeneration »mit Migrationshintergrund«. Sie werden oft in den aktuellen Debatten für das schulische Scheitern ihrer Kinder und Enkelkinder verantwortlich gemacht. Sie werden als kulturell oder religiös nicht kompatibel und als beratungs- oder bildungsresistent stigmatisiert. Je mehr der sogenannte Migrationshintergrund als Argument für das schulische Scheitern instrumentalisiert wird, umso mehr wird die sozioökonomische Lage ausgeblendet. Wann setzt es sich endlich durch, die Hintergründe für schulische Misserfolge und das Scheitern nicht in der Kultur oder Religion zu suchen, sondern in der eigenen Geschichte des Umgangs mit Einwanderung und des Umgangs mit Diversität?

Meinen Sie, dass kulturelle Unterschiede zu vernachlässigen sind?

Lubig-Fohsel: Wenn man die Schichtzugehörigkeit als wesentliche Ursache für das schlechte schulische Abschneiden annimmt, wird die Kulturspezifik der Arbeit an Schulen mit einem hohen Anteil an Migrant*innen nicht abgestritten. Wo unterschiedliche kulturelle Normen vom Elternhaus und von der Schule aufeinandertreffen, kann es zu Spannungen, Missverständnissen und Konflikten kommen. Wenn die nicht bearbeitet werden, können sie zu Misstrauen, Abwehr und Aggressionen bei allen Betroffenen, den Schüler*innen, Eltern und Lehrkräften, führen.

*Wie erklärt sich das Gefühl vieler Schüler*innen mit Migrationshintergrund, nicht dazuzugehören?*

Lubig-Fohsel: Obwohl bereits die zweite und dritte Generation hier geboren ist und viele die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, werden sie oft immer noch als Ausländer*innen bezeichnet und behandelt. Dilara erzählte mir: »Ich fühle

FOTO: IMAGO / WERNER OTTO

mich in erster Linie als Berlinerin. Es gibt schon Situationen, die mir gezeigt haben, dass manche Leute das nicht so sehen, sondern mich nur als ›die Türkin‹ wahrnehmen. Ich bin im Sommer einmal im Spaghettiträgertop zur Schule gekommen; eine Lehrerin schaute mich daraufhin von der Seite an und sagte: ›In eurem Land würdet ihr dafür ins Gefängnis gesteckt werden, oder?‹ So etwas verdaut man nicht so schnell.« Und Musa sagte: »Was immer ich auch mache, ich bleibe der Türke. ›Musa, erzähl mal, wie es in der Türkei ist; Musa, was sagt der Islam dazu; Musa, wo hast du so gut Deutsch gelernt; Musa, du als Türke ...‹ und immer muss ich mich als Türke erklären und mich rechtfertigen. Ich bin in Deutschland geboren und wollte nicht nur Türke, sondern immer auch Deutscher sein und dazugehören, ich bin beides. Anscheinend geht das nicht und ist auch gar nicht gewollt.«

Die Erfahrungen, dass zwischen »Wir« und »Ihr« unterschieden wird, vor allem wenn die Erfahrungen sich in unterschiedlichen schulischen Kontexten immer wieder reproduzieren, können zu einer Selbstethnisierung führen. Kinder und Jugendliche grenzen sich dann bewusst ab oder definieren und stilisieren sich sogar provokativ als Türkin, Araber, Ausländerin, Muslim. Es besteht die Gefahr, dass sie sich damit selbst Chancen zur Weiterentwicklung nehmen. Dass sie nicht mehr offen sind für Impulse, um die eigenen und anderen Normen, Werte und kulturellen Ausdrucksformen zu reflektieren und gegebenenfalls das eigene Weltbild und Selbstverständnis zu modifizieren. Damit kann auch die Entwicklung nationalistischer und religiöser Radikalisierungstendenzen unterstützt werden. Die stigmatisierenden und ausgrenzenden Erfahrungen verhindern auch, dass Schüler*innen Motivation, Anstrengungsbereitschaft und ein positives Verhältnis zur Schule entwickeln – als wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung ihrer Lernleistungen.

»Wo unterschiedliche kulturelle Normen vom Elternhaus und von der Schule aufeinandertreffen, kann es zu Spannungen, Missverständnissen und Konflikten kommen.«

Welche Angebote der Lehrkräftefortbildung könnten hier behilflich sein?

Lubig-Fohsel: Schulen in der Migrationsgesellschaft stehen vor Herausforderungen, die in vielerlei Hinsicht neue Wege verlangen. Eine professionelle Prozessbegleitung unterstützt Schulen und ihre Partner*innen, realistische Ziele zu definieren und die von anstehenden Veränderungen Betroffenen zu Beteiligten zu machen. Um nicht in die Fallen der Kulturalisierung und Ethnisierung zu tappen, braucht das pädagogische Personal einerseits Informationen über die Hintergründe von Einwanderungsprozessen. Es braucht aber andererseits auch Fortbildungsangebote, die Vorurteile, Klischees und kulturalisierende Zuschreibungen bewusst machen und interaktiv ein Repertoire von Handlungsmöglichkeiten vermitteln, um Spannungen, Missverständnisse und Konflikte im interkulturellen Kontext aushalten, abbauen und klären beziehungsweise lösen zu können. Der Erwerb interkultureller Kompetenz ergibt sich in dem von Überforderung, alltäglichem Entscheidungsdruck und Stress gekennzeichneten Schulalltag nicht von selbst, sondern ist Ergebnis von Übung, Training und im Idealfall von Supervision. Dafür angemessene Arbeitsbedingungen zu schaffen, liegt in der Verantwortung der Bildungspolitik, inhaltliche Angebote zu formulieren, ist die Aufgabe der Lehrkräftefort- und -weiterbildung.

Ich danke Ihnen für das Gespräch.

Das Interview ist bereits in ausführlicherer Art im Fachbrief Interkulturelle Bildung und Erziehung Nr. 22 der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie erschienen

Ayfer Sever, Schulberaterin und Koordinatorin für interkulturelle Bildung und Erziehung bei SenBJF

Friedensnobelpreisträger*innen im Unterricht

Die Anti-Atomwaffen-Organisation ICAN ist in einem Friedenspädagogik-Seminar der GEW BERLIN zu Gast

von Anne Balzer

Im Juli 2017 haben 122 Staaten bei den Vereinten Nationen in New York für einen Vertrag zum Verbot von Atomwaffen gestimmt. Damit ist erstmals die Herstellung und der Einsatz aber auch die Drohung mit Atomwaffen völkerrechtlich geächtet. Atomwaffen, ist das nicht ein Relikt aus Zeiten des Kalten Kriegs? Nein, Atomwaffen sind weder eine veraltete oder abstrakte Gefahr, noch ist ihre Existenz unveränderlich. Die Präambel des Vertrages zum Verbot von Atomwaffen weist auf die Anerkennung »der Wichtigkeit der Bildung zu Frieden und Abrüstung in allen Facetten – von der Sensibilisierung zu den Risiken und Konsequenzen von Atomwaffen für aktuelle und zukünftige Generationen und der Bindung an die Prinzipien und Normen dieses Vertrages« hin. In diesem Auftrag möchte ICAN, die International Campaign to Abolish Nuclear Weapons, die 2017 den Friedensnobelpreis gewonnen hat, durch vielfältige Bildungsarbeit auf die Notwendigkeit von Abrüstung hinweisen.

ICAN stellt Möglichkeiten vor, das Thema in verschiedenen Fächern in den Unterricht der Sekundarstufe II zu integrieren. Die Chance, sich darüber zu informieren, gibt es im GEW-Seminar »Friedenspädagogik: Das Atomwaffenverbot im Unterricht«, das am 20. Juni im GEW-Haus stattfinden wird. In dem Seminar werden Vertreter*innen von ICAN einen Einblick in den Prozess zum Verbotsvertrag geben und von ihren Erfahrungen berichten. Was waren Meilensteine auf dem Weg? Wie wird man als zivilgesellschaftliche Vertreterin bei den Vereinten Nationen wahrgenommen? Von welchen Kampagnen haben wir gelernt? Der Prozess zum Verbotsvertrag ist ein Beispiel für die Funktionsweisen der Vereinten Nationen, ihren Reformbedarf, die Rolle der Zivilgesellschaft in internationalen Prozessen. Deutschland hat sich nicht an den Verhandlungen zum Verbotsvertrag beteiligt – und ist damit das erste Mal internationalen Abrüstungsverhandlungen ferngeblieben. Auf diese Besonderheit gehen wir genauer ein und stellen Pro- und Contra-Argumente und damit Anregungen unter anderem für ein Rollenspiel im Politikunterricht vor.

Die Thematik Atomwaffen(verbot) eignet sich neben der Einbettung in den Geschichts- und Politikunterricht auch für die Auseinandersetzung im Geografie- und Biologieunterricht. ICAN stellt Materialien zur Auseinandersetzung mit dem Themenbereich »Nuklearer Winter« und »Meilenstein-Reden« von Barack Obama, Papst Franziskus und Überlebenden des Bombenabwurfs von Hiroshima zur Verfügung. Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Städte Hiroshima/Nagasaki dient als Fallbeispiel für den Themenbereich Stadtentwicklung. Die Materialien sollen Schüler*innen dazu anleiten, sich mit der Entwicklung der Städte, dem Wiederaufbau und der Erinnerungskultur auseinander zu setzen.

ICAN lebt von dem Engagement von Mitgliedern mit vielfältigen Hintergründen. In dem Seminar wird daher auch eine Medizinstudierende anwesend sein, die die Gründe für ihr Engagement und die Auswirkungen der Strahlung auf Menschen und Umwelt genauer erklärt. In diesem Themenbereich werden wir Materialien für den Biologieunterricht vorstellen. ■

Anne Balzer, Mitglied von ICAN Deutschland und der GEW

FOTO: ICAN / RALF SCHLESENER

»Standpunkt« von Dieter Haase, *bbz März 2018*

Mensch Dieter, geht's noch? Wenn der Schatzmeister den Gewerkschaftsmitgliedern erklärt, dass »eine Pflichtstundenreduzierung in den nächsten Jahren nicht möglich sein (wird)«, weil dafür »schlicht« das Personal fehlt, dann sollte er überlegen, ob die Gewerkschaft noch der richtige Ort für seine Aktivitäten ist. Soviel »Realitätssinn« gehört einem Senatsvertreter und dem hätten wir dann für diese Aussage die Versäumnisse der letzten Jahre um die Ohren gehauen. Wenn dir als Gewerkschaftsfunktionär nichts anderes einfällt als der völlig unkonkrete Allgemeinplatz, »die Arbeitsbedingungen verbessern« und »dafür (zu) sorgen, dass mögliche Maßnahmen zur Teilzeit, zur Verlängerung der Lebensarbeitszeit und zur Mehrarbeit nur auf freiwilliger Basis unter mitgestalteten Rahmenbedingungen zur Anwendung kommen«, dann gute Nacht Marie. Glaubst du im Ernst, dass der Wegfall des Einsammelns von Büchergeld oder die von anderen (wer?) übernommene Organisation von Klassenfahrten oder eine funktionierende Technik (»und das sind nur einige Beispiele«) soviel Entlastung bringen, dass wir auf die Forderung nach Stundenreduzierung verzichten sollten? Niemals Dieter. Mit solchen Sprüchen treibst du den letzten Kämpferinnen für weniger Pflichtstunden ihren Kampfeswillen aus. Das Gebot der Stunde muss heißen: Seien wir realistisch, fordern wir das Unmögliche. *Manfred Triebe*

Ein Angriff auf die Identität, *bbz März 2018*

Zu Jörg Ramsegers Artikel ließe sich viel schreiben. Er unterstellt Motive und Forderungen, die gar nicht zum Neutralitätsgesetz gehören. Er schreibt, dass nur Lehrkräfte, die als ganze Personen auftreten, zum Beispiel mit Kopftuch, einen wahrhaft bildenden Einfluss auf Kinder haben. Eine Beleidigung für alle Lehrkräfte, die ihre Identität ihren Schülerinnen und Schülern nicht aufdrängen. Später schreibt er, dass das Kopftuch in der Regel (?!) keinen Einfluss hat. Was denn nun? Er meint, Berliner Atheisten hielten sich für klüger als der übergroße gläubige Rest der Menschheit. Doch der zerfällt in hunderte von Glaubensrichtungen, die die jeweils restliche Mehrheit für Ungläubige, Abtrünnige, Irregeleitete etc. hält und häufig unterdrückt. Viele religiöse Minderheiten wären froh, wenn der Staat neutral wäre. Er vergleicht die biologisch determinierte Homosexualität mit einem bewusst gewählten Verhalten und schämt sich nicht, Homosexuelle, deren Unterdrückung durch Religion Geschichte ist und in vielen Ländern anhält, zum Kronzeugen der Einführung demonstrativer Religiosität an Schulen zu machen.
Zum Schluss noch zwei persönliche Erfahrungen: Erstens: In meiner Volkschulklasse in einer evangelischen Schule in einer pietistisch geprägten Gegend war ich das einzige Kind ohne Konfessionszugehörigkeit. Im Alter von 10 Jahren habe ich mich freiwillig taufen lassen. Aus der räumlichen und zeitlichen Distanz grüßen mich Ionescus »Nashörner«. Und zweitens: Während meiner Schulleitertätigkeit kam ein Siebtklässler zu mir, weil er wegen eines atheistischen T-Shirts von einem muslimischen Mitschüler bedroht wurde. Wäre dieser Schüler auch zu einer Schulleiterin mit Kopftuch gegangen?
Ulrich Herbst

Endlich kommt Bewegung in die Sache und ich muss meine vielschichtigen Identitäten mit der Abschaffung des Neutralitätsgesetzes nicht länger verstecken. Endlich kann ich während des Unterrichts meinen faustgroßen Anarchostern offen tragen. Endlich kann ich links den GEW-Anstecker und rechts die wechselnden Parteiabzeichen tragen, die meine wechselnden Identitäten ausmachen. Endlich kann ich meine heterosexuelle Identität in Form von Abzeichen während meiner Arbeit kundtun. Ich danke dem pseudolinken Religionssenator und dem grünalternativ angestrichenen Justizsenator für ihre nicht vorhandene Kenntnis des Unterschieds zwischen Religionsfreiheit und Religionsausübung. Endlich werde ich meine diversen Identitäten während meiner pädagogischen Tätigkeit als Lehrer hemmungslos zur Schau tragen können. Danke, danke, danke! Und schlussendlich ist es an der Zeit, dass die GEW Stellung bezieht: JA oder Nein! *Reinhard Hennig*

Titelbild, *bbz Februar 2018*

Ich lese sehr regelmäßig und mit viel Interesse die bbz. Auch grafisch finde ich, dass sie schöner geworden ist. Das Titelblatt der Februarausgabe hat mich aber wirklich verblüfft: Was soll das Bild von Andreas Kraft bedeuten? Eine neue Form von Persönlichkeitskult? Oder haben wir je nach Thema auf dem Titelblatt das Foto der zuständigen Kolleg*innen im Geschäftsführenden Landesvorstand? Ich würde mich freuen, wenn die Redaktion ihre Gründe für die Wahl von Andreas' Bild in einer kommenden Ausgabe erklären würde. Danke! Auch das Bild von Hürsel Simsek auf Seite 7 ist ein bisschen daneben gegangen: Die Schrift »Kein Eingang!« fällt auf, aber sie hat keinen Bezug zum Inhalt. *Linda Guzzetti*

Anm. d. Red.: Wir haben in der Redaktion lange diskutiert, ob das Porträtfoto eines Mitglied des Geschäftsführenden Landesvorstandes ein gutes Titelbild ist und wir hatten dazu eine sehr kontroverse Diskussion. Wir haben uns dann mehrheitlich für den Abdruck entschieden. Das hatte auch einen technischen Grund: Wir hatten von dem Gruppenfoto aller Betriebsräte kein Hochformat. Wir konnten also von den selbstgemachten Fotos nur eines einer Einzelperson nehmen oder hätten andernfalls auf ein abstraktes Foto ausweichen müssen. Die Mehrheit der Redaktion hat sich dann dafür entschieden, lieber einen echten und engagierten GEW-Betriebsrat abzubilden als ein abstraktes Symbolbild zu verwenden.

FOTO: MARKUSSPISKE / PHOTOCASE.DE

TOLLE TIPPS

Ihr Leben könnte so schön sein! Statt pausenlos über Disziplinprobleme und Korrekturbelastungen zu klagen, kaufen Sie sich einfach einen Stapel dieser wunderbaren Ratgeberbücher: »Sei locker, sei lustig, sei Lehrer!«, »Sieg im Klassenkampf« oder »Mantras fürs Lehrerzimmer«. Schon Kleinigkeiten machen Ihren Alltag entspannter. Man muss nicht ständig den Dienstherrn mit Boykottdrohungen und Brandbriefen erpressen und völlig überzogene Forderungen stellen. Stattdessen ein Plakat mit Sonnenuntergang ins Klassenzimmer, ein Schälchen Aromaöl aufs Lehrerpult und Kräutertöpfe aufs Fensterbrett – schon sind Schüler und Lehrerin friedlich und konzentriert. Kauen Sie im Unterricht hin und wieder ein Blatt Koriander. Spüren Sie, wie das die Hirnströme belebt?

Ihr neues Leben beginnt frühmorgens beim Zähneputzen. Sagen Sie Ihrem Spiegelbild etwas Nettes, z.B. »Ich bewundere dich!«. Auch die Wahl der Kleidung beeinflusst Ihre Stimmung. Nein, nicht schon wieder betongrau und erdbraun! Warum nicht mal rote Unterwäsche mit kleinen Bären drauf? Das zaubert ein Lächeln in Ihr Gesicht! Eine orange Bluse macht gleich viel unternehmungslustiger. Lackieren Sie jeden Fingernagel in einer anderen Farbe. Gurke im Gesicht und auf dem Frühstücksbrot erfrischt! Haben Sie sich für die große Pause einen Spieß mit sechs Sorten Obst gebastelt, eine Thermoskanne mit heißem Wasser gefüllt und ein paar Gläser Gemüsedip angerührt? Dann kann es ja losgehen. Allerdings nur, wenn Sie am Vorabend Ihre Ängste und Zweifel auf kleine Zettel geschrieben und selbige auf dem Balkon verbrannt haben.

Im Lehrerzimmer greifen Sie erst mal in die Energiebox. Dort sammeln Sie und Ihre Kollegen Weisheiten, mit denen Sie sich gegenseitig stärken. Spielen Sie im Morgenkreis nicht immer biedere Kinderlieder, sondern Ihre Lieblingsmusik: etwa. »I want to break free«! Haben Sie Handschmeichler und Massagebällchen eingesteckt? Überbrücken Sie brenzlige Situationen, indem Sie damit kneten. Auch ein Beißring hilft, Wut und Frust abzubauen. Tränken Sie eine Mullwindel mit Lavendelöl und riechen Sie mit geschlossenen Augen daran, wenn Patrick Ihnen mit seinem Gekippel und Gezappel auf den Keks geht. Wechseln Sie häufiger den Fokus. Fixieren Sie abwechselnd die Krähe auf dem Dach und Merlin in der ersten Reihe, der wieder kein Arbeitsmaterial dabei hat. Atmen Sie tief und bewusst und trinken langsam zehn Schluck heißes Wasser, bevor Sie auf Cheyennes Unflätigkeiten reagieren.

Unterricht muss nicht kräftezehrend sein! Trainieren Sie Ihre Beckenbodenmuskulatur, wenn die Schüler etwas im Internet suchen. Machen Sie isometrische Übungen und Finger-Yoga. Gehen Sie abwechselnd auf den Zehenspitzen und auf den Außenkanten der Füße durchs Klassenzimmer. Erkunden Sie Ihre Akupressur-Punkte an Hinterkopf und Oberschenkel. Verwöhnen Sie sich heimlich mit einem heißen Fußbad hinterm Lehrerpult. Nach fünf Stunden empfiehlt sich ein kleines »Power-Napping« in der Sporthalle oder im Materialraum. Sehr belebend sind auch barfuß durchgeführte Aufsichten. Steigen Sie in den Pausen zu Ihren Schülern auf die Kletterwand (Seltsam, noch nie bin ich auf die Idee gekommen, mit meiner Klasse auch mal privat zu reden und zu scherzen! Da muss erst der Ratgeber »Mensch werden, Mensch bleiben – das Handbuch für die Bildungsfront« erscheinen!).

Gestalten Sie Ihre schulischen Rückzugsräume, also die Lehrertoiletten, gemütlich und ästhetisch. Kaufen Sie Palmen und Farne, Spitzengardinen und weiches Klopapier. Malen Sie die Klobrillen bunt an.

Selbst öde Konferenzen werden zur Wellnessoase, wenn Sie unter dem Tisch Fußroller aus dem Orthopädiefachgeschäft einsetzen. Oder sammeln Sie mit den Zehen Murmeln ein, wenn Ihr Direktor über die nächste Evaluation / Inspektion / Reform doziert. Bringen Sie Ihren Balance-Sitzball mit. Wer zwingt Sie, Ihr Arbeitsleben auf wirbelsäulenfeindlichen Holzstühlen zu verbringen? Tragen Sie im Schulgebäude Gesundheitsschlappen und Massagesandalen. Man darf die Bedeutung der Fußreflexzonen nicht unterschätzen!

Und abends halten Sie in Ihrem Schmunzelbuch alle Situationen fest, die Ihnen heute ein Lächeln entlockt haben!

Gabriele Frydrych

Die Autorin weigert sich hartnäckig, ihre satirischen Texte gendern zu lassen. Beschwerden bitte direkt an sie.

»Die Wölfe von Currumpaw« von William Grill ist ästhetisch anspruchsvolle Abenteuerliteratur

FOTO: 2017 NORDSÜD VERLAG AG, ZÜRICH/ SCHWEIZ

AUFFÜHRUNGEN KRITISCH GESEHEN

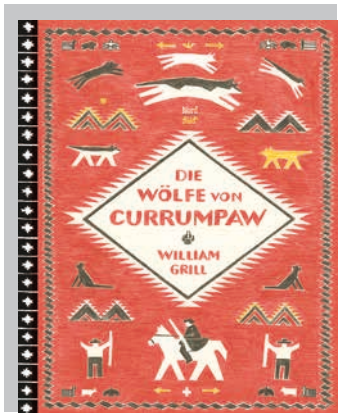
Im oberen Foyer hat **Atze** eine leichte, gut bespielbare Zeltbühne neu eingerichtet, um in intimer Umgebung Angebote für die Altersgruppe ab 3 Jahren realisieren zu können. Beim Beginn mit *»Mäuseken Wackelohr«* war der rechte Erzählduktus noch nicht gefunden; es gab zu viele »szenische« Einfälle, Requisiten, Spielfiguren; seltsam auch, dass »Mäuseken« einen »Ehemann« sucht, nicht einen Freund! Bewährt hat sich freilich schon die Zeltbühne mit ihrer besonderen Atmosphäre und der kindgerechten Nähe zum Geschehen.

Im **Kreativhaus** zeigen die Theatermacher*innen *»Liebe«*, eine vom Ensemble erarbeitete Collage aus über 20 Kurzszenen. Die 14 Darsteller*innen, alle ausgeprägte Individualitäten, präsentieren sich auf der Bühne als eingespieltes Team, ein immer wieder tänzerisch bewegter Reigen von skurrilen Typ in einer Vielzahl von Begegnungen, bruchlos ineinander gearbeitet. Die freie Spielfläche wird spielerisch-elegant mit den notwendigen Requisiten ausgestattet, die Szenen fließen zwanglos ineinander, komisch und tragisch und tragikomisch. Manchmal auch Anleihen aus der Literatur, so eine bemerkenswerte Sokrates-Diotima-Szene – insgesamt ein inhaltlich-szenisches Vergnügen. Ab 16 Jahren. *Hans-Wolfgang Nickel*

BÜCHER

Mensch und Wolf

In dem Bilderbuch »Die Wölfe von Currumpaw« lässt William Grill eine von Ernest Thompson bereits 1899 publizierte Geschichte neu aufleben. Unter dem Titel »Lobo – The King of Currumpaw« erzählte dieser von der Jagd, Erkenntnis und Wandlung eines Wolfsjägers zum Naturforscher. Dessen Veränderung präsentiert Grill in sanften Buntstiftfarben neu.
Aus wenigen Tönen kreiert er eine außergewöhnliche erzählerische Atmosphäre und entführt die Betrachter*innen in die atemberaubende Weite der Prärie, aber auch in die Ordnung der Zivilisation. In einer Komposition aus Bild



und Text wechselt der Illustrator beim Erzählen unaufhörlich die unterschiedlichen Darstellungsebenen. Großformatige Landschaftsdarstellungen werden abgelöst von Details in comicähnlichen Panels. Auf diese Weise veranschaulicht Grill die Psychologie von Wolf und Jäger. Einmal blicken wir dem Wolf ins Antlitz, ein anderes Mal listet sich vor unserem Auge des Jägers Ausrüstung auf. Im ständigen Gegensatz zwischen Jäger und Gejagtem, Kultur und Natur webt sich die Geschichte somit in unzähligen Details und vielfältigen Perspektiven wie ein Teppich voran.
Für die Schule ist dies ein ästhetisch anspruchsvolles Beispiel aus der Abenteuerliteratur im Geiste Jack Londons. Gerade im Hinblick auf die Rückkehr des Wolfes in die Brandenburger Wälder kann das Dilemma diskutiert werden, wie Natur und Kultur miteinander zu vereinen sind.

Farriba Schulz, AG Jugendliteratur und Medien der GEW BERLIN

LesePeter im April und Mai

Im April erhält den LesePeter das Bilderbuch »Eisbjörn – Das unglaubliche Abenteuer eines tapferen Mäuserichs« von Max und Lev Kaplan. Eine schöne Geschichte über zwei Einsame und Pflichtbewusste. Einer ist Leuchtturmwärter. Der andere ist ein Mäuserich. Dieser lernt an den langen Tagen so viel, dass er eine Katastrophe verhindern kann. *Erschienen bei Thienemann-Esslinger, Stuttgart 2017. ISBN 978-3-522-45846-7. 32 Seiten, 14,99 Euro. Ab 3 Jahren.*
Im Mai erhält den LesePeter das Kinderbuch »Wer fragt schon einen Kater?« von Annette Herzog und Pe Grigo. Für den bildhübschen, etwas eitlen Kater Aristoteles ist die Welt in Ordnung, solange er der Mittelpunkt der Familie ist. Zufällig bekommt er mit, dass sich Anna einen Hund wünscht. Aristoteles ist zutiefst gekränkt und läuft davon. Wenn er nur früher gewusst hätte, was da auf ihn zukommt! Aus der Sicht des Katers erfahren wir von seinem Straßenleben – humorvoll, unterhaltsam und emotional. *Erschienen bei Magellan GmbH & Co. KG, Bamberg 2017. ISBN 978-3-7348-4114-9. 160 Seiten, 12,00 Euro. Ab 7 Jahren.*

AKTIVITÄTEN

Transnationaler Extremismus

Der transnationale Extremismus unter Migrant*innen mit türkischem, arabischem, polnischem und russischem Hintergrund ist Thema eines Fachtages des Courage-Netzwerks, am 5. Juni in der Berliner Landeszentrale für politische Bildung. Wie mit dieser pädagogischer Herausforderung umgegangen werden kann, darüber werden unter anderem Saba-Nur Cheema (Pädagogische Leiterin der Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt), Floris Biskamp (Gesellschaftswissenschaftler an der Universität Kassel), Sanem Kleff

(Leiterin der Bundeskoordination von Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage) und Thomas Dudek (Redakteur mit Schwerpunkt Polen bei Spiegel online) referieren. Weitere Informationen und Anmeldung über event@aktioncourage.org.

Frühjahrsradtour
Am Samstag, den 5. Mai um 9 Uhr machen wir wieder eine »traditionelle Radtour«. Es geht durchs westliche Havelland nach Ribbek. Anmeldungen wie üblich unter umtriebe@web.de oder info@gew-berlin.de.

MATERIALIEN

Hautfarbenstifte
Beim Menschenmalen gerät man was die Hautfarben betrifft schnell an Grenzen. Der ehrenamtliche Verein GoVolunteer hat im Rahmen seiner Kampagne »So bunt ist Deutschland« eine Buntstiftpalette entwickelt, die Rosa, Schwarz und Braun ganze zwölf verschiedene Hautfarben entgegensetzt. Die 12 Hautfarbenstifte sind für 12,50 Euro im Onlineshop bei GoVolunteer erhältlich.

Fortbildungsangebote von QUEERFORMAT
Die Initiative QUEERFORMAT bietet im Auftrag der Senatsverwaltung und des Sozialpädagogischen Fortbildungsinstituts Berlin-Brandenburg (SFBB) Bildungsangebote zu den Themen Vielfalt und Antidiskriminierung mit den Schwerpunkten Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentitäten für alle an, die in Kita, Schule oder Kinder- und Jugendhilfe arbeiten: https://tinyurl.com/y7a5kt6a

Klimaschutz für Kinder und Jugendliche
Klimaschutz & Co. gehört für viele Berliner Kids und Jugendliche nicht nur zu ihrem Schulalltag, sondern sie engagieren sich auch zunehmend in der Freizeit. Hierbei sollten sie weiter ermutigt und unterstützt werden! Dazu wurden verschiedene Anreizsysteme geschaffen. Beispielsweise eine Anschubfinanzierung und der Wettbewerb »Berliner Klima Schulen«, das Siegel »Berliner Klima Schulen« , das Siegel »Umweltschule in Europa! uvm. Information, Beratung und Newsletter »BNE/ Klimabildung in Berlin«: erhältlich bei harry.funk@senbjf.berlin.de.

Praxisleitfaden der Antidiskriminierungsstelle des Bundes
Schulen sind oft der Ort, an dem Kinder zum ersten Mal Diskriminierung erfahren – sei es durch Gleichaltrige, durch Lehrkräfte oder auch durch diskriminierende Strukturen wie fehlende Barrierefreiheit oder Klischees in Schulbüchern. »Diskriminierung an Schulen erkennen und vermeiden« heißt ein neuer Praxisleitfaden der Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Lehrkräfte, pädagogisches Personal und andere im schulischen Bereich Tätige sollen anhand des Leitfadens beim Abbau von Diskriminierung unterstützt werden. Download unter: https://tinyurl.com/y9tjnumj

Kartenspiel zu Kinderrechten
»Du bist so gemein!« Kinder fühlen sich oft ungerecht behandelt. Dabei wissen sie meist nicht genau, welche Rechte sie haben. Ein neues Kartenspiel hilft ihnen, ihre Rechte kennenzulernen und sich besser gegenüber Erwachsenen zu behaupten. Zum Beispiel gegenüber Gert Garstig, der einem Kind verbietet, seine Meinung zu äußern, oder Nina Neugierig, die heimlich im Tagebuch ihres Kindes liest. Ziel des Spieles ist es, traurige Kinder glücklich zu machen. Entwickelt wurde das Kartenspiel im Rahmen des »Visual Society Program«, einer Kooperation des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung und der der Universität der Künste.

Qualitätsbestimmung von Open Educational Ressources (OER)
Viele Lehrkräfte sind unsicher im Umgang mit freien Bildungsmaterialien aus dem Internet (OER). Die Bundeszentrale für politische Bildung hat das Thema aufgegriffen und stellt auf ihrer Seite Checklisten zur Verfügung, mit denen Nutzende die Qualität von OER selbst überprüfen oder auch weiterentwickeln können. Es gibt drei Checklisten: Qualitätscheck für vorhandenes Material, Qualitätscheck für selbst erstelltes Material und eine Checkliste zur Qualitätssteigerung vorhandener Materialien. Die Checklisten sind unfertig und können von interessierten Nutzer*innen weiterentwickelt werden. Zu finden sind sie unter: https://tinyurl.com/y8wbnwa3

SENIOR*INNEN

*Die Veranstaltungen der Senior*innen sind offen für alle GEW-Mitglieder und Gäste! Eintrittsgelder müssen selbst getragen werden. Wenn nicht anders angegeben, ist eine Anmeldung nicht erforderlich.*

Senior*innen/Junge Alte
• *Mittwoch, 25. April 2018:* »Zwischen allen Stühlen. Die Geschichte der Italienischen Militärinternierten 1943-1945«. Ausstellung im Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit mit Führung. Treffpunkt: 11:00 Uhr Britzer Str. 5 (S45, S46, S47, S8, S85, S9 bis Schöneweide, Bus 165 bis Dokumentationszentrum oder Fußweg 10 Minuten). Eintritt frei. Die Führungskosten übernimmt die GEW. Kontakt: Lore Albrecht, Tel.: 312 83 97, E-Mail: alwue@gmx.net
• *Mittwoch, 14. Mai 2018:* Ganztägiger Ausflug nach Chorin mit fakultativer Wanderung/Fahrradtour/Busfahrt zum Ökodorf Brodowin. Wir fahren mit dem RE3 zum Bahnhof Chorin (Fahrrad-Ausleih-Station). Kurzer Fußweg zur Ruine des Zisterzienserklosters Chorin. Pause im Klostercafé. Für die Ausflugsfreudigen geht es weiter zum Ökodorf Brodowin (ca. 15 km). Bustransfer möglich. Besichtigung mit Führung und Pause im Hofladen. Treffpunkt: 9:15 Uhr Hauptbahnhof am Infoschalter (Südseite, Europaplatz). Abfahrt voraussichtlich 9:32 Uhr (z.Zt. gilt ein Baufahrplan). Zustieg in Gesundbrunnen möglich. Rückkehr ca. 17:45 Uhr oder später bzw. 13:45 Uhr ohne Brodowin. Die Führungskosten übernimmt die GEW. Fahrt mit Brandenburg-Berlin-Ticket (29,- Euro für 5 Personen) oder Senioren-Ticket. Anmeldung bis 7. Mai erforderlich! Kontakt: Barbara Henke, Tel.: 883 88 89, E-Mail: henke-bleibtreu@t-online.de

Senior*innen Lichtenberg
• *Mittwoch, 25. April 2018:* Spaziergang in Hohenschönhausen. Eine Führung mit Frau Friedrich erschließt uns Geheimnisse um historische Gebäude und um die Hohenschönhausener Seen, vom Faulen See bis zum Obersee. Kosten: pro Person 3 Euro; Treffpunkt: 10.30 Uhr Buschallee/Ecke Hansastraße; Fahrverbindung: Tram 4 und 27 bis Buschallee/Hansastraße; Kontakt: Erich Juhnke, Tel.: 97 57 564.
• *Donnerstag, 24. Mai 2018:* Vom Köllnischen Park durch die nördliche Luisenstadt. Die Exkursion führt uns zum Köllnischen Park und zum Spreeufer durch ein Areal mit interessanten Gebäuden und Bauvorhaben. Kultur- und baugeschichtlich wertvolle Zeugnisse der Berliner Industriekultur, wie der Josettifabrik und Bolles Eisfabrik, lassen uns den Wandel des Kiezes erleben. Treffpunkt: 10.30 Uhr Köpenicker Straße/Ecke Heinrich-Heine-Straße; Fahrverbindung: U-Bahnlinie 8 bis Heinrich-Heine-Straße; Kontakt: Marina Wulff Tel.: 64 39 70 43 und Erich Juhnke Tel.: 97 57 564

Senior*innen Pankow
• *Dienstag, 17. April 2018:* Dokumentationszentrum NS-Zwangsarbeit (mit Führung) Berlin-Schöneweide, Treff: 11 Uhr Britzer Str. 5 , 12439 Berlin, S-Bahnhof Schöneweide, ca. 10 Minuten Fußweg oder mit dem Bus 165 vor dem Hauptgebäude (Richtung Köpenick, Müggelschlößchenweg) 1 Station, Eintritt: kostenlos, Dauer: ca. 2 Stunden, verantwortlich: Kolln. Lange, Tel.: 65 48 42 50
• *Dienstag, 15. Mai 2018:* Friedhof Friedrichsfelde (mit Führung) – Frauen und Männer der Gewerkschaft und Pädagogik, Treff: Eingang Zentralfriedhof Friedrichsfelde Gudrunstr. 20 in 10365 Berlin 11 Uhr, Anfahrt: S- und U-Bahn Lichtenberg, ca. 15 Min. Fußweg, Dauer: ca. 1,5 Stunden, Entgelt: 4 Euro, verantwortlich: Kolln. Lange, Tel.: 65 48 42 50

GEW-Singkreis
18. April; 2., 16. und 30. Mai um 17:30 Uhr im GEW-Haus in der Kantine; Kontakt: Claudia Reuter, Tel.: 3914787 und Luis von Simons, Tel.: 6 92 86 39.

GEW-Chor
11. April und 9. Mai um 17.00 Uhr Veranstaltungsort: IBZ, Wiesbadener Str. 18, 14197 Berlin-Wilmersdorf; 25. April, 23. Mai und 6. Juni um 17.00 Uhr, im GEW-Haus; Kontakt: Monika Rebitzki, Tel.: 4 71 61 74 und Eva Besler, Tel.: 8 33 57 27.

Stammtisch GEW Ruheständler*innen
25. April und 23. Mai um 14:30 Uhr im Café »Ulrichs« schräg gegenüber dem GEW-Haus.

*Wenn du über die Angebote für GEW-Senior*innen auf dem Laufenden sein möchtest, schicke eine Mail an seniorinnen@gew-berlin.de*

BUSART-TOURS GmbH
...das bestgelaunte Bus- und Reiseteam!
Busvermietung: Tel. +49/30/303083-0
Albrechtstr. 138–140 • 12099 Berlin
Fax: +49/30/30 30 83-55
www.busart-tours.de
info@busart-tours.de

Klinik am Leisberg
BADEN-BADEN

Von hier an geht es aufwärts!
Hier erwarten Sie ein intensives und individuell ausgerichtetes Psychotherapieangebot, erstklassiges Krisenmanagement, viele erlebnisintensive Erfahrungen, erfreulicher Rahmen (moderne Einzelzimmer, Genießer-Küche, wunderbare Umgebung). Wir behandeln die gängigen Indikationen wie Depressionen, Burn-Out, Ängste etc.
Kostenübernahme: Private Krankenversicherungen / Beihilfe
Info-Tel.: 07221/39 39 30
Gunzenbachstr. 8, 76530 Baden-Baden
www.leisberg-klinik.de

Ihre Farbanzeige in der bbz
Zum Beispiel Vierfarbdruck für nur 288,80 Euro zuzüglich Mehrwertsteuer. Siehe auch die neue »Preisliste Farbanzeigen«.
Tel. 030 - 613 93 60 oder info@bleifrei-berlin.de

Extra Buch
VIELSEITIG UND MIT REDUZIERTEN PREISEN
z.B. Geschichte, Politik, Literatur, Sprachen, Kunst, Bilderbuch, Kinder- & Jugendliteratur, Kreativ-Techniken, Lernhilfen, Psychologie, Wissenschaften, Berlin, Kochen, Reisebuch, Foto, Garten, Natur, Musik, Theater, Film...
Mehringdamm 66
10961 Berlin
(030) 789 51 797
extrabuch@t-online.de
www.extra-buch.de
Mo-Fr 10-20 Uhr • Sa 10-18 Uhr

THE COMMUNICATION ACADEMY BERLIN
Vielfalt als Ressource & Vielfalt als Chance
Fortbildungen 2018
- Achtsamkeitsbasierte Kommunikation
- Interkulturelle Kommunikation
- Clever Kontern – schlagfertig Antworten kreieren
- Theatermethoden für Sprech- und Stimmtraining
- Auftritte souverän und präsent meistern
- Improvisation u. Singen – Entwicklung v. Kreativität

Dr. Karin Iqbal Bhatti / Frank Morawski, M. A.
Kalkreuthstr. 10, 10777 Berlin, Tel. 030-23 63 91 77
www.communication-academy.org

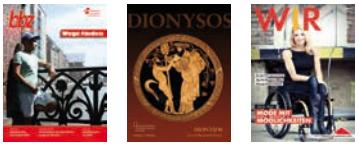
LockeToursBerlin
Urlaubsreisen, Flug, Hotel, Mietwagen, Ferienhaus, Kreuzfahrten, Fähren, Reisemarkt & Extras ...
Aktuellste Angebote 365 Tage, 24 Stunden mit onlineweg.de – weltweit und preiswert!
www.locketours.de
Lefevrestr. 21 Tel. (0 30)) 8 52 30 30
12161 Berlin e-Mail: info@locketours.de

DGB-Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin
mitten im Rupniner Seenland
jbs Flecken Zechlin
Programme für
Klassenfahrten
Gruppenreisen
www.dgbjugendbildungsstaette.de

Info: 033923 7400

Auf der Flucht
terre des hommes setzt sich für Flüchtlingskinder ein.
Bitte unterstützen Sie uns.
www.tdh.de
terre des hommes
Hilfe für Kinder in Not

Institut für Gruppendynamik
Supervisionsgruppen
für Lehrerinnen und Lehrer
Andrea Riedel, Lehrerin, Supervisorin (DGG)
Kantstr. 120/121, 10625 Berlin
313 28 93, e-mail: DAPBerlin@t-online.de

bleifrei Medien + Kommunikation
Erkelenzdamm 9 • 10999 Berlin • Tel. 61 39 36-0
info@bleifrei-berlin.de • www.bleifrei-berlin.de

bleifrei Medien Kommunikation
GEWERKSCHAFT **Wir sind engagiert** in der journalistischen Gestaltung von Gewerkschaftspublikationen.
KULTUR **Wir sind versiert** in der Umsetzung komplexer gestalterischer, farb- und bildbetonter Anforderungen, wie sie Kunst- und Kulturinstitute stellen.
SOZIALES **Wir sind kompetent und ideenreich** im Konzipieren zielgruppengerechter Printmedien.

Los geht's mit Buttons!

Ideal für Feiern wie Sommer- und Herbstfeste in Schule oder Kita.
Verkauf und Verleih von Buttonmaschinen, Material und Zubehör.
Wir beraten Sie gern unter 030 - 694 016 20.
Besuchen Sie auch unseren Shop:
www.shop.graph-druckula.de
Graph Druckula GmbH · Gneisenaustraße 2a · 10961 Berlin · info@graph-druckula.de

09. April	09.00 Uhr	**Abteilung Berufsbildende Schulen** Vertrauensleutekonferenz
09. April	16.00 Uhr	**AG Verfolgte Lehrkräfte**
09. April	19.00 Uhr	**Literaturkreis**
10. April	17.00 Uhr	**Podiumsdiskussion Schulische Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher**
10. April	17.00 Uhr	**Fachgruppe Erwachsenenbildung**
10. April	17.00 Uhr	**AG Medienbildung**
11. April	16.30 Uhr	**AG Arbeitsentlastung**
11. April	17.00 Uhr	**AG Frieden** Themenabend: Der Konflikt Israel-Palästina und die Schwierigkeiten in Deutschland darüber zu diskutieren
11. April	19.00 Uhr	**Fachgruppe Kinder-, Jugendhilfe und Sozialarbeit**
12. April	17.30 Uhr	**Fachgruppe Schulsozialarbeit**
17. April	17.00 Uhr	**Mitgliederversammlung Mete-Ekşi-Fonds**
17. April	19.00 Uhr	**AG Schwule Lehrer**
17. April	19.00 Uhr	**LA Migration, Diversity und Antidiskriminierung**
19. April	17.00 Uhr	**Landesfrauenausschuss**
19. April	17.00 Uhr	**Infos für Bewerber*innen zum Referendariat**
24. April	16.30 Uhr	**AG Bildungsfinanzierung**
26. April	15.00 Uhr	**AG Jugendliteratur und Medien**
26. April	18.30 Uhr	**Abteilung Wissenschaft**
27. April	18.00 Uhr	**Ladies First!**
02. Mai	17.00 Uhr	**Mitgliederversammlung Jüdische Schulen**
16. Mai	14.00 Uhr	**Senior*innen/Junge Alte**
17. Mai	18.00 Uhr	**Kita AG** Thema: Gestaltung der Kooperation Kita/Schule
28. Mai	13.00 Uhr	**Vertrauensleutekonferenz Tempelhof-Schöneberg**

WERTSCHÄTZUNG VON ERZIEHER*INNEN

Um »Fachkräftemangel und Wertschätzung von Erzieher*innen« wird es am **25. April** bei einer Podiumsdiskussion im GEW-Haus gehen. Ab 18 Uhr diskutieren GEW-Vertreter*innen mit der Politik über die dringend nötige Aufwertung des Berufs. Auch du bist eingeladen, mitzudiskutieren!

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER STUDIERENDEN

Am **18. April** findet ab 18 Uhr die Mitgliederversammlung für alle Studierenden in der GEW BERLIN statt. Schwerpunkt ist die Bildung der Studierendengruppe der GEW BERLIN und die Wahl des Leitungsteams. Zuvor gibt es Inputs zur Studierendenarbeit in der GEW, zur Tarifkampagne TV Stud III und zur demokratischen Beteiligung an Hochschulen.

MITGLIEDERVERSAMMLUNG DER GEW REINICKENDORF

Die GEW Reinickendorf trifft sich am **3. Mai** um 17 Uhr in der Jean-Krämer-Oberschule (im Pavillon auf dem Schulhof) zur Mitgliederversammlung. Neben der Nachwahlen für die Bezirksleitung und den DGB Ortsverband wird es um die Themen Inklusive Schule und Arbeitsentlastung gehen.

GRAFIK: DGB

Die 1. Mai-Kundgebung des DGB findet auf dem Platz des 18. März direkt vor dem Brandenburger Tor statt. Die Demonstration, der Fahrrad- und der Motoradkorso beginnen am Hackeschen Markt / Spandauer Straße um 10 Uhr und münden am Brandenburger Tor. Ab 11 Uhr ist dann die traditionelle Mai-Kundgebung, im Anschluss findet das Kinder- und Familienfest auf der Straße des 17. Juni statt. Kommt alle zum 1. Mai!